

**ERSTER BERICHT ZU
RECHTSEXTREMEN AKTIVITÄTEN
IN NEUKÖLLN**



Impressum

Bezirksamt Neukölln von Berlin
Geschäftsbereich Jugend
Die Beauftragte für Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
Karl-Marx-Str. 83
12040 Berlin
Verfasst: Philon Griesel
Stand: 03/2025

Vorwort

Das Bezirksamt Neukölln legt hiermit den ersten Bericht zu rechtsextremen Aktivitäten in Neukölln vor. Ende 2024 sind die zwei Angeklagten im Neukölln-Komplex, einer rechtsextremen Anschlagsserie, die sich vor allem gegen migrantisierte und politisch engagierte Menschen im Bezirk richtet, zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Doch die Aufarbeitung ist keinesfalls abgeschlossen. Neonazis sind weiterhin verankert und eine Gefahr im Bezirk. Rechtsextrem motivierte Straftaten und Vorfälle sind immer noch Alltag in Neukölln. Brandanschläge, Beleidigungen, rechtsextreme Propaganda, queerfeindliche, rassistische und antisemitische Übergriffe gehören dazu. Erst im Oktober 2024 wurden die Autoreifen eines der Opfer der Anschlagsserie von Unbekannten zerstochen. Die Kontinuität rechtsextremer Vorfälle und Strukturen im Bezirk werden in diesem Bericht ebenso deutlich wie die Vielseitigkeit des Phänomens Rechtsextremismus.

Neben der Darstellung der einschlägigen Zahlen ist der Neukölln-Komplex ein Schwerpunkt des vorliegenden Berichts. Es kommen Betroffene des rechten Terrors und Engagierte zu Wort, die über ihre Erfahrungen, ihr langjähriges Engagement und auch Enttäuschung über die schleppende Aufklärung der Anschlagsserie durch staatliche Institutionen sprechen. Es ist vor allem ihnen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verdanken, dass die Gefahr durch Rechtsextremisten immer wieder öffentlich ins Gedächtnis gerufen und Druck in Richtung umfassender Aufklärung gemacht wird.

Der Jahresbericht bildet unterschiedliche Perspektiven ab und ermöglicht so einen Einblick in Kontinuität und Aktualität rechtsextremer Aktivitäten und Strukturen sowie die damit einhergehende allgegenwärtige Gefahr, der Menschen im Bezirk und darüber hinaus ausgesetzt sind. Gleichzeitig wird aufgezeigt, wie groß und facettenreich das Engagement gegen menschenfeindliche Ideologien und für eine vielfältige Gesellschaft im Bezirk ist. Dieser Einsatz verdient Anerkennung und Unterstützung. Und das ist umso wichtiger in einer Zeit, in der sich rechtsextreme Ideologien und antidemokratische Ansichten weiter verbreiten. Abwertende Ideologien wie Rassismus und Antisemitismus finden sich in vielen Teilen der Gesellschaft, auch staatliche Institutionen sind hier nicht ausgenommen. Sich dem entschlossen und auf allen Ebenen entgegenzustellen bleibt eine wichtige politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Für das Bezirksamt Neukölln können die Erkenntnisse des Jahresberichts einerseits eine Orientierung bei der Gestaltung zukünftiger Maßnahmen zur Prävention und dem Umgang mit rechtsextremen Vorfällen und Ideologien bieten. Zugleich setzt das Bezirksamt ein Zeichen, dass Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen als Bedrohung ernst genommen werden muss.

Sarah Nagel ist Jugendstadträtin im Bezirksamt Neukölln und Beauftragte für Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
1. DAS JAHR 2023 AUF EINEN BLICK - ZUSAMMENFASSUNG DER ZAHLEN UND ERKENNTNISSE	7
2. SCHWERPUNKT: DER NEUKÖLLN-KOMPLEX UND DIE AUFARBEITUNG	14
2.1 Vom „Nationalen Widerstand“ zur Angriffsserie - Kontinuität rechtsextremer Bedrohungen gegen demokratisch Engagierte in Neukölln.	14
2.2 Betroffene der Anschlagsserie und ihr Engagement.....	19
2.2.1 Interview mit Christiane Schott - „Ich möchte nicht in dieser Opferrolle wahrgenommen werden, sondern als Aktivistin gegen Rechts“	19
2.2.2 Beitrag von Claudia und Christian von Gélieu - Rechter Terror, behördliches Versagen und zivilgesellschaftliches Engagement gehen weiter	20
3. RECHTSEXTREME PROPAGANDA UND GEWALT IN NEUKÖLLN. DIE AKTUELLE LAGE UND ENTWICKLUNGEN IM JAHR 2023	22
3.1 Wissenschaftliche Einordnung statistischer Erhebungen zu Erfassung rechtsextremer Gewalt - Interview mit Max Laube	22
3.2 Behördliche Statistik und Lageeinschätzung	26
3.2.1 Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- in Berlin-Neukölln 2023	26
3.2.2 Lageeinschätzung des Berliner Verfassungsschutzes.....	32
3.3 Daten und Einordnungen der Melde- und Opferberatungsstellen	34
3.3.1 Fallzahlen des Register Neukölln - Raum einnehmen durch Propaganda	34
3.3.2 Beitrag der Opferberatungsstelle ReachOut - Antimuslimischer Rassismus und Gewalt in Neukölln	39
3.3.3 RIAS Berlin - Antisemitische Vorfälle in Neukölln mit rechtsextremem / rechtspopulistischem Hintergrund	41
4. ENGAGEMENT IM BEZIRK	44
4.1 „Wir ringen für eine offene Gesellschaft, eine Gesellschaft für alle, die in Neukölln wohnen“ - Das Bündnis Neukölln	44
4.2 Gegen das Vordringen Rechter in unsere Nachbarschaft - Anwohner:inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“	47
4.3 Gemeinsam für Respekt und Vielfalt - Rudow empört sich.....	49
4.4 VVN-VdA / Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.	51
4.5 Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş.....	52
4.6 Wir haben genug. Britzer Bürger:innen fordern Aufklärung rechter Straftaten - Bürgerinitiative BASTA	53
4.7 „Mit Hass-Schmierereien fängt es an“ - Das Engagement von Irmela Mensah-Schramm	55
5. MAßNAHMEN DES BEZIRKSAMTES	57

Einleitung

Kurz vor Erscheinen dieses Berichts wurden am 12. Dezember 2024 am Landgericht Berlin die Neonazis Sebastian T. und Tilo P. in einem Berufungsprozess zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt - mehr als sieben Jahre nach den von ihnen verübten Brandanschlägen auf den Linken-Politiker Ferat Koçak und den Buchhändler Heinz Ostermann. Das verkündete Urteil ist ein wichtiger Schritt in der Aufklärung der Angriffsserie auf politisch engagierte Neuköllner:innen, die in den letzten Jahren unter dem Titel „Neukölln-Komplex“ verhandelt wurde und in der noch viele weitere Fälle rechtsextremer Gewalt unaufgeklärt bleiben. Die Angriffsserie, die spätestens im Jahr 2016 begann und bis heute nachhallt, veranlasste auch Diskussionen in der Bezirkspolitik. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bat das Bezirksamt im Jahr 2017, jährlich einen Bericht zu rechtsextrem motivierten Aktivitäten in Neukölln zu veröffentlichen. Nun wird der erste Bericht vorgelegt. Der Fokus liegt dabei auf Vorfällen im Jahr 2023. Entsprechend des Beschlusses soll so ein Überblick über die Verankerung rechtsextremer Akteure im Bezirk mit Statistiken rechtsextremer Straftaten und Vorfälle zusammengetragen werden. Außerdem kommen Betroffene rechtsextremer Gewalt, engagierte Bürger:innen und zivilgesellschaftliche Initiativen zu Wort. Auch das Engagement des Bezirksamts selbst wird dargestellt.

Im Berichtsjahr 2023 haben verschiedene Ereignisse im Bezirk einen Einfluss auf das Aufkommen von rechtsextremen Vorfällen, Hasskriminalität und das Engagement dagegen genommen. Einerseits ist der terroristische Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg zu nennen. Viele Neuköllner:innen sind von den schrecklichen Ereignissen in dieser Region direkt oder indirekt betroffen. Mitunter beeinflusste die politische Auseinandersetzung zu diesem Konflikt den Neuköllner Alltag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen. Auch eine Häufung antisemitischer Vorfälle im Bezirk und ein stärker auftretender antimuslimischer Rassismus waren in der zweiten Hälfte des Jahres zu beobachten. Gleichzeitig prägten die Wahlerfolge der in Teilen rechtsextremen Partei AfD das Jahr 2023. Die teilweise rassistischen Äußerungen und Positionen von Mitgliedern der Partei sind besonders in einem vielfältigen Bezirk wie Neukölln für viele Bürger:innen besorgniserregend. Anfang des Jahres 2024 führte diese Wahrnehmung zu massiven Demonstrationen gegen die Positionen der AfD und für eine offene Gesellschaft. Auch in Neukölln hat sich die Zivilgesellschaft in dieser Hinsicht geschlossen gezeigt.

Diese Entwicklungen im Jahr 2023 sind in den Jahresbericht eingeflossen. Dennoch setzt diese erste Ausgabe zunächst einen thematischen Schwerpunkt auf die oben erwähnte Anschlagsserie im Bezirk, den Neukölln-Komplex. An ihm lassen sich tief verankerte rechtsextreme Strukturen im Bezirk aufzeigen - langjährige Kontinuitäten, die die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in einem Beitrag zur Anschlagsserie analysiert. Dabei wird auch die politische Aufarbeitung der Ermittlungsarbeiten im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in den Blick genommen. Betroffene rechtsextremer Angriffe berichten in diesem Zusammenhang von ihren Erfahrungen mit der Aufarbeitung der rechtsextremen Gewalt.

Der zweite Teil des Berichts widmet sich der generellen Lagebeschreibung rechtsextremer Aktivitäten im Bezirk Neukölln. Hierzu werden einerseits Fallzahlen rechtsextremer Straftaten und Vorfälle herangezogen, andererseits werden Phänomene rechtsextremer Gewalt sowie rechtsextreme Strukturen genauer in den Blick genommen. Unter den Sammelbegriff der rechtsextremen Aktivitäten fallen in diesem Bericht einerseits die Umtriebe organisierter Gruppierungen mit einem geschlossen und explizit rechtsextremistischen Weltbild und andererseits Vorfälle, die den Phänomenen der Hasskriminalität und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind. Es werden bewusst die Daten staatlicher Akteure zivilgesellschaftlichen Erkenntnissen gegenübergestellt, um Leerstellen und Dunkelfelder in den Daten zu minimieren. So liefern beispielsweise die polizeiliche Statistik zu politisch motivierter Kriminalität und die Vorfalls-Chronik des Berliner Registers Einblicke in die aktuellen Zustände in Neukölln. ReachOut und RIAS Berlin beleuchten spezifische Phänomene des antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus im Bezirk. Die Fallzahlen wurden an anderer Stelle bereits veröffentlicht und ermöglichen Rückschlüsse auf Schwerpunktthemen im Bezirk. Im vorliegenden Jahresbericht werden Zahlen und Erkenntnisse verschiedener Akteure dargestellt, die unterschiedliche Zugänge und Definitionen nutzen und so einen vielfältigen Überblick ermöglichen. Zur Einordnung der Aussagekraft dieser Zahlen ist diesem Kapitel eine wissenschaftliche Einordnung des Kriminologen Max Laube vorangestellt.

Der Bericht bildet zudem das Engagement der zahlreichen Neuköllner:innen ab, die sich Rassismus und rechtsextremen Strukturen entgegenstellen. Im Alltag in der Nachbarschaft, auf Demonstrationen und Diskussionsveranstaltungen, in Freundeskreisen und Familien setzen sich Menschen für ein vielfältiges und lebenswertes Neukölln ein. Im dritten Kapitel werden einige dieser Menschen vorgestellt. Einerseits stellen sie ihre Arbeit im Jahr 2023 vor, andererseits bietet der Bericht ihren Beobachtungen und Analysen der Lage im Bezirk einen Raum.

Im letzten Kapitel wird in Kürze auf die Maßnahmen und Tätigkeiten des Bezirks eingegangen, was die Bekämpfung von Rechtsextremismus betrifft. Hierbei soll transparent gemacht werden, welche Arbeit die verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes leisten und ermöglichen. Hinzuzufügen ist an dieser Stelle, dass es auch innerhalb des Bezirksamtes Unterschiede bei fachlichen Auffassungen zur Operationalisierung von Begrifflichkeiten von Diskriminierungsformen gibt, die hier nicht abschließend geklärt werden können.

Der vorliegende Jahresbericht rechtsextreme Aktivitäten ist eine Collage verschiedener Stimmen aus dem Bezirk. Expert:innen der Opferberatung und der Staatsschutz kommen genauso zu Wort wie Akteure aus der Zivilgesellschaft, engagierte Bürger:innen und die Bezirksverwaltung. Die Beiträge der Organisationen und Personen bilden ihre eigene Arbeit bzw. Meinungen ab und werden hier lediglich wiedergegeben. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich für die vielen Beiträge, die gemeinsam einen tiefen Einblick in Kontinuität und Aktualität rechtsextremer Bedrohung in Neukölln bieten.

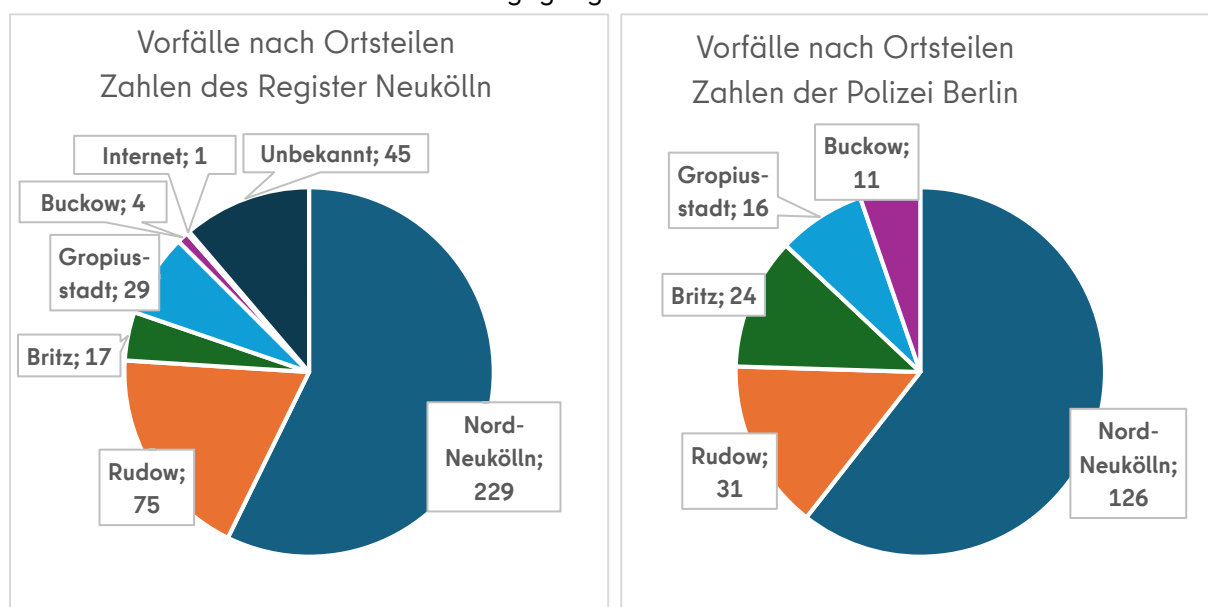
1. DAS JAHR 2023 AUF EINEN BLICK – ZUSAMMENFASSUNG DER ZAHLEN UND ERKENNTNISSE

Der folgende Beitrag ist eine Zusammenfassung, die sich aus den einzelnen Beiträgen dieses Berichtes speist. Die abgebildeten Zahlen gehen somit auf verschiedene ausgewiesene Quellen zurück. Detaillierte Einblicke in die verschiedenen Themenschwerpunkte bieten die Statistiken, Interviews und Beiträge des Berichtes.

Ein steigendes Aufkommen von rechtsextremen Vorfällen und Straftaten in Nord-Neukölln

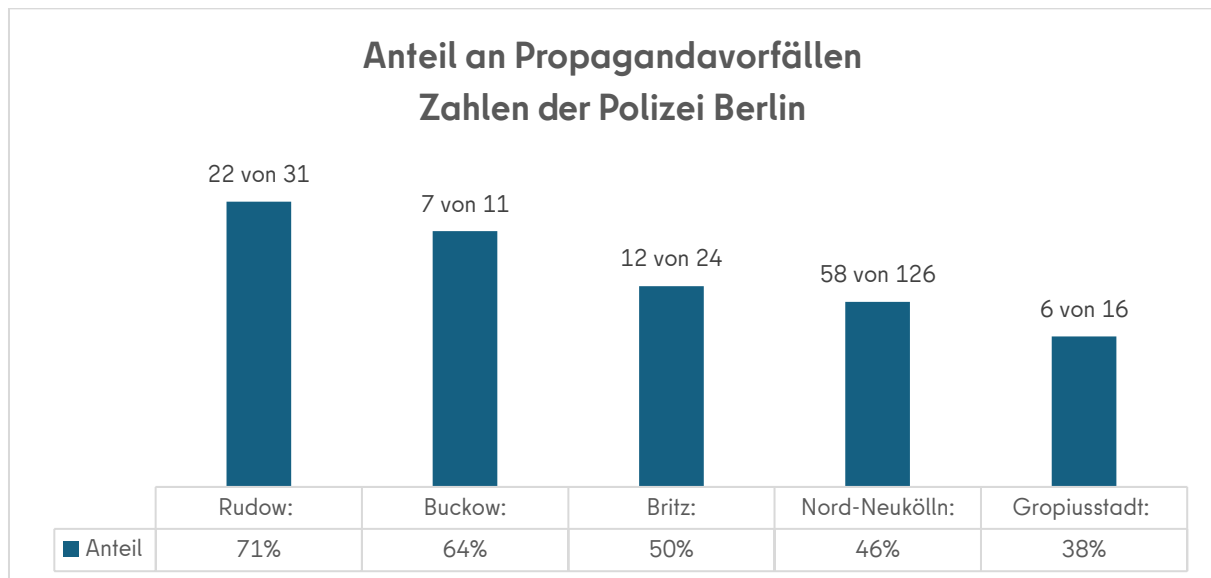
Im Jahr 2023 waren in Neukölln zusammenfassend einerseits Tendenzen und Verteilungen von rechten Straftaten und Vorfällen zu beobachten, die sich in den vergangenen Jahren im Bezirk verstetigt haben. Andererseits haben spezifische Ereignisse und Umstände im Jahr 2023 Auswirkungen auf die Entwicklung von Fallzahlen und Phänomene rechtsextremer Gewalt gezeigt. Gemessen an der polizeilichen Statistik politisch motivierter Kriminalität ist seit 2021 insgesamt ein stetiger, quantitativer Zuwachs der Fallzahlen rechtsextremer Straftaten zu verzeichnen.¹

Die demografischen Gegebenheiten des Bezirks bestimmen viele Aspekte der beobachteten Zustände. In Nord-Neukölln ist ein besonders hohes Ausmaß an gemeldeten Vorfällen und zur Anzeige gebrachten Straftaten zu verzeichnen. Diese klar erkennbare Tendenz lässt sich unter anderem mit der höheren Bevölkerungsdichte im Norden des Bezirks, dem Zusammentreffen vieler Menschen an Veranstaltungs- und Versammlungsorten und der Frequenz politischer Ereignisse wie Demonstrationen und Kundgebungen erklären. Aufgrund dessen wurden hier insbesondere in Form rassistischer Aggressionen im Alltag mit Abstand am meisten Vorfälle im Bereich Körperverletzung und Beleidigung verzeichnet. Durch eine stärker politisierte Bewohner:innenschaft kann außerdem von einem aktiveren Meldeverhalten ausgegangen werden.



¹ Zeitverläufe sind mit den aufgeführten Zahlen nur schwer abzubilden, da sich Definitionen des Phänomens rechter Gewalt, Schwerpunktsetzung und Meldeverhalten über die Zeit verändert haben, was wiederum das jährliche Fallaufkommen beeinflusst. Der Blick auf eine längere Zeitspanne kann deshalb zu falschen Rückschlüssen führen. Mehr zur statistischen Einordnung der aufgeführten Zahlen in Kapitel 4.1.

Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Ortsteilen Neuköllns zeigt neben einem höheren Fallaufkommen im Norden des Bezirks auch auffällig hohe Zahlen an Propagandavorfällen in den südlichen Ortsteilen. Im Verhältnis zu den insgesamt gemeldeten Fällen sind die Anteile an Propagandavorfällen etwa in Form von NS-verherrlichenden Graffiti oder Stickern rechtsextremer Organisationen in den südlichen Bezirken besonders hoch. So wurden beispielsweise in Rudow rund 71% der polizeilich festgehaltenen Fälle der Kategorie rechtsextremer Propaganda zugerechnet.



ZITAT Max Laube:

„Es ist wichtig, dass man sich klarmacht, dass es aus Sicht der Kriminologie kein „reales Ausmaß“ politischer Kriminalität gibt. Häufig werden Statistiken von Polizei oder Opferberatungsstellen herangezogen, um das Problem zu beschreiben. Dabei hängt die Höhe der Zahlen - und damit das Ausmaß politischer Kriminalität - davon ab, wie eng oder weit das Phänomen definiert wird.“
(siehe Kapitel 4.1.)

Neuköllns Besonderheit im Berliner Vergleich

Die von den Ortsteilen abhängigen, stark unterschiedlichen Ausprägungen rechtsextremer Gewalt im weiteren Sinne weisen auf eine Spezifität des Bezirks Neukölln im Berliner Vergleich hin. Dass im Bezirk verschiedene Phänomene rechtsextremer Weltanschauungen, Gruppierungen und Organisationen vereint sind, ist eine zentrale Erkenntnis dieses Berichts, die es auch in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu bedenken gilt. Das Berliner Register, das in ganz Berlin als Meldestelle rechtsextreme Fälle aufnimmt und statistisch auswertet, führt diese Spezifität des Bezirks folgendermaßen aus:

„Der Bezirk Neukölln ist insofern besonders, weil er alle Problemlagen Berlins in einem Bezirk vereint. Nördlich des S-Bahn-Rings zwischen Sonnenallee, Hermannstraße und Hermannplatz kommt es ebenso wie in Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte zu rassistischen, LGBTIQ*-feindlichen und

antisemitischen Übergriffen. Diese sind zum einen auf Gelegenheiten im Alltag wie Partys oder Demonstrationen zurückzuführen, zum anderen auf die hohe Bevölkerungsdichte. Je mehr Menschen an einem Ort sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Übergriffen kommt.

Der Süden Neuköllns hat im Gegensatz das gleiche Problem wie die Ostberliner Randbezirke - Aktivisten der rechten Szene wohnen und leben hier und sie versuchen ihre politischen Gegner:innen einzuschüchtern. Über viele Jahre hinweg wurden in Rudow und Britz Autos von demokratisch engagierten Menschen angezündet, Fensterscheiben mit Steinen zerstört, Bedrohungen an Fassaden geschmiert und Bitumen, eine teerartige Flüssigkeit, verteilt. Die Strafverfolgung und Gerichtsverfahren gegen die Tatverdächtigen der Neuköllner Anschlagserie ziehen sich über Jahre hin und werden von Skandalen und Ungereimtheiten in der Ermittlungsarbeit begleitet. Die Repression zeigt insofern Wirkung, dass Brandanschläge und Drohschreiben aus der extrem rechten Szene in den vergangenen drei Jahren selten geworden sind. Propaganda wie Aufkleber und Sprühereien zeigen jedoch, dass es für die Region keine Entwarnung gibt, denn die Aktivisten der Szene leben weiterhin dort.“

(Berliner Register 2024)

Motive rechtsextremer Vorfälle²: Steigende Fallzahlen antisemitischer Vorfälle seit dem 07. Oktober 2023

Neonazistische Gewalt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hasskriminalität und rechtsextreme Ideologien äußern sich in verschiedenen Formen. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen werden Opfer unter anderem von Angriffen, Beleidigungen, und Diskriminierung. Vorfälle mit unterschiedlichen Motiven werden aus diesem Grund von Polizei und Meldestellen als rechtsextrem kodiert - Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Antiziganismus, Behindertenfeindlichkeit und Sozialchauvinismus sind einige der für dieses Phänomen relevanten Kategorien. Laut der Auswertung des Berliner Registers ist im Jahr 2023 ein sehr starker Anstieg des Vorfallesmotivs **Antisemitismus** zu beobachten. Nach 24 Vorfällen im Jahr 2022 wurden im Berichtsjahr 106 Meldungen registriert. Dies bedeutet eine Steigerung von etwa 12% auf 27% der Vorfälle insgesamt. Dieser starke Anstieg antisemitischer Vorfälle wurde in Folge des Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und im Zusammenhang mit dem Krieg zwischen dem israelischen Staat und der Hamas verzeichnet - 84 von 106 Vorfällen wurden ab diesem Zeitpunkt gemeldet. In diesem Zusammenhang konnte auch die Entwicklung einer verstärkten Nutzung von NS-verherrlichender Symbolik (Hakenkreuzen) mit antisemitischer Botschaft beobachtet werden.

Ein weiterhin stark präsent Motiv von Vorfällen in Neukölln sind laut dem Register verschiedene Ausformungen von **Rassismus**. Im Jahr 2023 ist ein konstant hoher Wert zu verzeichnen. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. Die Opferberatungsstelle ReachOut zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass Neuköllner:innen

² Eine Aufschlüsselung ihrer Daten nach Motiven leistete für diesen Bericht das Register Neukölln. Die folgenden Zahlen sind ausschließlich der Chronik der Meldestelle entnommen.

besonders häufig Opfer von antimuslimischem Rassismus werden. ReachOut weist auch auf die Zusammenhänge dieser rassistischen Vorfälle mit rassistischen Diskursen in öffentlichen Debatten und damit einhergehender Kriminalisierung hin.

Zuletzt ist das Motiv der **LGBTIQ*-Feindlichkeit** hervorzuheben. Unter der erneut gestiegenen Zahl an gemeldeten Vorfällen finden sich mit 18 im Jahr 2023 wie bei keinem anderen Motiv auffallend viele Angriffe auf queere Personen. Besonders für Aufsehen sorgte in diesem Kontext der Brandanschlag auf den Verein „RuT - Rad und Tat“ (Offene Initiative Lesbischer Frauen e.V.) im Schillerkiez im August 2023, der Teil einer berlinweiten rechtsextremen Angriffsserie war. Für mehr Informationen und genauere Daten zu dieser spezifischen Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird der Bericht Berliner Monitoring queerfeindliche Gewalt³ der Camino gGmbH empfohlen.

Hier werden einige Vorfälle kurz exemplarisch dargestellt, um einen Einblick zu geben:

04. Januar 2023. Auf einem Gehweg in der Hermannstraße wurde eine Trans Frau von einem unbekanntem Mann angegriffen und verletzt. [...] Der Angreifer soll sie verfolgt und ins Gesicht gespuckt haben. Als sie versucht habe zu flüchten, soll der Mann ihr direkt Reizstoff ins Gesicht gesprüht haben. Anschließend sei er davongelaufen. Passanten alarmierten dann Polizei und Feuerwehr. (Polizei Berlin 04.01.2023 | Queer.de 04.01.2023) - Register Neukölln

03. März 2023. Ein obdachloser Schwarzer Mann schlief gegen 14:45 Uhr am U-Bahnhof Hermannstraße auf einer Bank. Ein Mann trat die schlafende Person von der Bank herunter und schrie sie an, dass er sich verpissen solle. Eine Zeugin folgte dem Täter über den U-Bahnhof und stellte fest, dass es sich um den Fahrer der U-Bahn handelte. Al sie ihn fragte, warum er das getan habe, schrie er sie an und sagte, dass es sein Recht sei, so etwas zu tun. - Berliner Register

05. März 2024. Gegen 12.45 Uhr werden zwei 17-jährige Frauen, von der eine ein Kopftuch trägt, an der Fuldastraße Ecke Donaustraße von einem unbekanntem Radfahrer aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Anschließend spuckt der Mann in Richtung der Jugendlichen, wodurch eine der beiden im Gesicht getroffen wird. (Polizei Berlin, 06.03.2024 | Berliner Zeitung, 06.03.2024) - ReachOut

14. August 2023. Das Schaufenster eines lesbischen Vereins in der Schillerpromenade in Nord-Neukölln wurde beschädigt. In den Innenräumen wurden verbrannte Flugblätter und Broschüren entdeckt. Die Polizei ermittelt wegen versuchter schwerer Brandstiftung (Polizei Berlin 14.08.2023 | Tagesspiegel 14.08.2023) - Register Neukölln

³ Berliner Monitoring queerfeindlicher Gewalt: <https://www.lsbti-monitoring.berlin/de/monitoring/>

18. September 2023. Ein Hausbesitzer trifft sich mit Mitarbeitenden vom Bau- und Wohnungsamt in einem Wohnhaus in Neukölln. Dabei macht er rassistische Äußerungen über die Bewohner:innen des Hauses und sagt: „Hier wohnen nur [Z-Wort], die das Haus nicht sauber halten. Wir haben keinen Bock mehr auf diese Leute“. Außerdem merkt er an, dass bereits (unberechtigte) Kündigungen angedroht wurden. (Amaro Foro / DOSTA, 18.09.2024) - Register Neukölln

13. Oktober 2023. Im Rahmen einer antiisraelischen Versammlung wurde ein Journalist von einem Sammlungsteilnehmer mit dem Wort „Judenpresse“ beleidigt. Darüber riss ihm der Teilnehmer die Mütze vom Kopf. Einige andere Teilnehmende der Versammlung filmten den Vorfall und lachten - Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Das Phänomen rechtsextremer Propaganda in Neukölln - Raummarkierung und Drohgeste

Propagandavorfälle stellen den Großteil der gemeldeten Fälle in Neukölln dar. 59 Prozent der an das Register Neukölln gemeldeten Fälle werden dieser Kategorie zugeordnet (insgesamt 235 Meldungen). Insbesondere NS-verherrlichende Botschaften werden durch diese Form der Propaganda im öffentlichen Raum platziert. Ein häufig stark örtlich gebündeltes Aufkommen von Propaganda-Vorfällen, wie rund um den Selgenauer Weg in Rudow weist auf lokale Präsenzen von rechtsextremen Akteuren hin, die in ihrem unmittelbaren Umfeld Propaganda verbreiten. Im Unterscheid dazu wurden im Jahr 2023 vom Register Neukölln außerdem vermehrt Hakenkreuz-Vorfälle in Nord-Neukölln identifiziert, die im Nachgang des 7. Oktober 2023 auf ein antisemitisches Motiv zurückzuführen sind.

Über die Fallzahlen hinaus zeigen Erfahrungsberichte von Initiativen und Akteuren, die in diesem Bericht zu Wort kommen, dass Propaganda im öffentlichen Raum eine Einschüchterungsstrategie rechter Akteure darstellt und somit ein Zeichen des Vordringens rechter Akteure in die eigenen Nachbarschaften (siehe auch MBR, Kapitel 3.1). Viele engagierte Bürger:innen beobachteten gezielt als Drohungen platzierte und adressierte Sticker oder Graffiti in ihrem persönlichen Umfeld. Auch der Bezirk Neukölln ist sich dieser Realität bewusst, insbesondere auch in der Jugendsozialarbeit im Süden des Bezirks ist eine Sensibilisierung für rechtsextreme Botschaften im öffentlichen Raum eine Notwendigkeit.

Angriffe auf engagierte Bürger:innen durch rechtsextreme Gruppierungen im Bezirk

Ein zentrales Phänomen, das sich nicht unbedingt in Fallzahlen abbilden lässt, ist das konsequent gewaltvolle Vorgehen der Berliner rechtsextremen Szene gegen ihre politischen und weltanschaulichen Gegner:innen. Insbesondere in Neukölln wurden in der Vergangenheit immer wieder engagierte Bürger:innen Opfer rechtsextremer Angriffe. Die Angriffsserie mit besonders

auffälligen Häufungen im Jahr 2011 und zwischen 2016 und 2019 werden unter dem Begriff Neukölln-Komplex verhandelt.

Die Beiträge in diesem Bericht zeigen, dass die Angriffsserie weiterhin ein zentrales Thema für Neuköllner:innen darstellt, auch wenn im Jahr 2023 keine derartigen Angriffe zu verzeichnen waren. Viele Initiativen im Bezirk sehen sich in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert mit Einschüchterungsversuchen und rechtsextremer Gewalt. Betroffene berichten von einem damit einhergehenden psychischen Leidensdruck. Die meisten Initiativen, die in diesem Bericht zu Wort kommen, haben eine direkte Verbindung zu der Angriffsserie, weil ihre Mitglieder direkt betroffen waren, weil die Angriffe und die Solidarisierung mit Opfern einen Auslöser für ihr politisches Engagement darstellten oder weil die Initiativen die laufende Ermittlungsarbeit und die juristische und parlamentarische Aufklärung des Neukölln-Komplex kritisch begleiten.

Seit 2022 wird das Behördenhandeln im Zusammenhang mit der Angriffsserie in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss verhandelt. Für viele Initiativen, wie die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş oder BASTA, und die im Bericht zitierten Betroffenen sorgen nicht nur die aus ihrer Sicht ineffektiven Ermittlungsarbeiten, sondern auch deren politische Aufarbeitung nach wie vor für Frust. Die Angriffsserie bleibt somit weiterhin ein entscheidender Teil der öffentlichen Diskussion in Neukölln. Kurz vor Veröffentlichung des Berichts wurden zwei Neonazis in einem Berufungsprozess vor dem Landgericht Berlin unter anderem wegen Brandstiftungen gegen Ferat Koçak und Heinz Ostermann zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Während des Prozesses tauchten vermehrt Sticker des III. Wegs in unmittelbarer Nähe des Wohnorts Koçaks auf und die Autoreifen des Buchhändlers Ostermann wurden von Unbekannten zerstochen.

Einige Initiativen betonen einen Rückgang im Engagement gegen Rechtsextremismus im Bezirk. Insbesondere die Mobilisierungsfähigkeit für Kundgebungen, Demonstrationen und politische Veranstaltungen war in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 gesunken.

Christiane Schott: „Wir haben damals als Familie die Entscheidung getroffen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Leute so einzuschüchtern, dass sie sich nicht bewegen können, ist das Schema der Nazis. Wenn man nicht aktiv bleibt und dem etwas entgegensetzt, ist man ihnen hilflos ausgeliefert. Auch deshalb habe ich damals Hufeisern gegen Rechts und dann BASTA mitgegründet. Ich möchte nicht in dieser Opferrolle wahrgenommen werden, sondern als Aktivistin.“

Claudia und Christian von Gélieu: „Im September 2024 wurde uns die Einstellung von Schutzmaßnahmen mitgeteilt, weil die Polizei aktuell keine Gefahr sieht. Einen Monat später gibt es den vierten Anschlag auf den Buchhändler Heinz Ostermann, mit dem wir uns seit Frühjahr 2018 gemeinsam in der Initiative „Rudow empört sich“ gegen rechts und für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden unser antifaschistisches Engagement fortsetzen und auch weiter Konsequenzen für das Versagen der Sicherheitsbehörden einfordern.“

2. SCHWERPUNKT: DER NEUKÖLLN-KOMPLEX UND DIE AUFARBEITUNG

2.1 Vom „Nationalen Widerstand“ zur Angriffsserie – Kontinuität rechtsextremer Bedrohungen gegen demokratisch Engagierte in Neukölln.

Ein Beitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Am 12. Dezember 2024 gab es vor dem Berliner Landgericht ein unerwartetes Urteil zu einer Serie rechtsextremer Angriffe: Das Gericht hob die Freisprüche aus der ersten Instanz auf und verurteilte die beiden angeklagten Rechtsextremen nun auch für die PKW-Brandstiftungen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Zuvor war einer u.a. wegen Drohsprühereien an und in den Wohnhäusern von drei Engagierten gegen Rechtsextremismus in Neukölln verurteilt worden. Die Biografien der beiden Angeklagten verweisen auf die Kontinuität des Rechtsextremismus im Bezirk. Besonders im Süden existierte bereits in der Zeit vor dem Mauerfall 1989 eine aktive rechtsextreme Szene, die in den 2000er-Jahren durch teilweise schwere Gewalttaten, insbesondere im Ortsteil Rudow, versuchte, einen Angstraum für Betroffene von Rassismus und politische Gegner:innen zu etablieren. Seit dem Frühsommer 2016 beobachtete die MBR eine erneute Häufung von rechtsextremen Angriffen in Neukölln. Die MBR vernetzte daraufhin in ihrer Beratungsarbeit unterschiedliche Betroffene der Angriffe und unterstützte sie in der Kommunikation ihrer politischen Forderungen, wie etwa der nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus, der im Jahr 2022 schließlich eingesetzt wurde.

Einschüchterung als Strategie

Die Strategie, die militante Neonazis mit den Angriffen verfolgen, ist nicht aufgegangen. Einzelpersonen, die mit ihrem Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus bis zum Zeitpunkt der Angriffe mitunter noch gar nicht öffentlich in Erscheinung getreten waren, sollten verunsichert und zur Aufgabe ihres Engagements bewegt werden. Durch die konspirativen, meist nächtlichen Aktionen sollte bei geringem Risiko und Ressourceneinsatz aber auch die politische und personelle Schwäche rechtsextremer Strukturen kompensiert werden. Diese Strategieänderung war eine Reaktion der rechtsextremen Szene auf die wachsende zivilgesellschaftliche Gegenwehr, die ihre öffentliche Präsenz im Bezirk seit Mitte der 2000er-Jahre erfahren hatte.

Von diesem Strategiewechsel hatte sich ein Kern von ideologisch gefestigten, gewalt- und aktionserfahrenen Kadern maximale politische Wirksamkeit erhofft.

Gleichwohl war dieses Vorgehen in Berlin und in Neukölln nicht neu. Bereits seit Ende des Jahres 2009 dokumentierte die MBR eine deutliche Zunahme von Angriffen auf Einrichtungen und Projekte. Diese Angriffe stellten damals durch ihre hohe Anzahl und den bezirksübergreifenden Charakter eine neue Qualität rechtsextremer Straftaten und sogenannter Anti-Antifa-Aktivitäten in Berlin dar. Das Vorgehen folgte regelmäßig einem ähnlichen Muster: Die Angriffe waren offensichtlich geplant, aber mit recht geringem Aufwand umgesetzt worden. In einer einzigen Nacht wurden oft mehrere Objekte, wie alternative Projekte, Parteibüros oder Privatwohnungen, aber auch Anwaltskanzleien, beschädigt. Schwerpunkte waren Kreuzberg und auch damals schon Nord-Neukölln. In der Regel

fanden die Aktionen unter der Woche sowie rund um für die rechtsextreme Szene bedeutende Daten statt (z.B. Jahrestage), oder sie konnten als Racheaktionen nach verhinderten Aufmärschen gewertet werden. Einen Höhepunkt erreichte die Tatserie im Juni 2011, als in einer Nacht auf gleich fünf verschiedene Einrichtungen in unterschiedlichen Berliner Bezirken Brandanschläge verübt wurden, darunter auf das Anton-Schmaus-Haus, eine Jugendeinrichtung der „Falken“ im Neuköllner Ortsteil Britz. In keinem anderen Bezirk konnte die MBR im Zeitraum von 2009 bis 2015 eine derart kontinuierliche, wellenartige Vorgehensweise gegen zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Einzelpersonen feststellen wie in Neukölln. Das legt den Schluss nahe, dass die Täter:innen dort lokal verankert sind.

In die Anfangsphase der rechtsextremen Angriffsserie seit 2016 fällt eine unter dem Label „Freie Kräfte Berlin-Neukölln“ veröffentlichte Liste von alternativen Einrichtungen und Projekten. Die Liste ist als Beleg der starken „Anti-Antifa“-Ausrichtung Neuköllner Rechtsextremer anzusehen. Im August 2016 erschien auf der Facebook-Seite des eng mit dem damaligen Kreisverband der NPD verflochtenen Labels eine Karte, die Büros demokratischer Parteien und alternativer Projekte vor allem im nördlichen Neukölln mit Adressen aufführte. Mindestens zwei dieser Einrichtungen wurden dann im Rahmen der Angriffsserie seit 2016 zum Ziel rechtsextremer Brandanschläge. Dabei griffen die Urheber:innen der Liste offenbar auch auf Informationen zurück, die bereits zuvor in einer Auflistung „Linker Läden“ auf der Internetseite des militanten Neonazi-Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin“ (NW Berlin) veröffentlicht worden waren. Dem Neonazi-Netzwerk, das von 2005 bis 2012 unter diesem Label agierte, konnten auch Neuköllner Rechtsextreme zugeordnet werden. Der damals aktive Personenkreis ist teils noch heute daran beteiligt, politische Gegner:innen und Engagierte auszuspähen, Propagandamaterial zu verteilen und Feindeslisten mit personenbezogenen Daten von Engagierten zu aktualisieren. Teile dieses Personenkreises haben mittlerweile Verbindungen zur neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“.

Die rechtsextreme Angriffsserie von 2016 bis 2019 - Ausspähen, Datengewinnung und Feindeslisten

Das Ausspähen der Adressen von Personen, die Rechtsextreme für politische Gegner:innen halten, ist seit Jahrzehnten gängige Praxis und Voraussetzung für spätere Angriffe. Gezielt werden Gerichtsprozesse besucht und Akteneinsichtsrechte in Ermittlungsverfahren genutzt, oder es wird beispielsweise versucht, sich Zugang zu den Kundendaten von Versandunternehmen zu verschaffen, die Produkte gegen Rechtsextremismus vertreiben. Auch private Post aus Briefkästen wurde von Rechtsextremen bereits entwendet. Es sind ferner Einzelfälle bekannt, in denen Rechtsextreme ihre Tätigkeit in Behörden mutmaßlich dazu nutzten, sich Zugang zu personenbezogenen Daten von politischen Gegner:innen zu verschaffen.

Mit Bezug zur Neuköllner Angriffsserie seit 2016 wurden vier Feindeslisten bekannt, die von Rechtsextremen über Jahrzehnte geführt worden waren. Drei dieser Datensammlungen werden dem Tatverdächtigen Sebastian T. zugeordnet. Auf einer Festplatte von Sebastian T. fanden sich

Informationen zu mehr als 500 Personen. Auf einem ebenfalls beschlagnahmten Zettel sind zudem Daten von Personen notiert, von denen einige zuvor angegriffen worden waren.

Angriffe auf Engagierte

Seit vielen Jahren ist das Hauptbetätigungsfeld der rechtsextremen Szene Berlins die Bekämpfung ihrer politischen und weltanschaulichen Gegner:innen. Dieses Vorgehen ist genuiner Bestandteil rechtsextremer Ideologie und kann alle treffen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie positionieren. So wurden in Neukölln Personen aus linken und antifaschistischen Gruppen, aber zunehmend auch Engagierte aus zivilgesellschaftlichen Initiativen und Kirchengemeinden sowie einfache Gewerbetreibende immer wieder angegriffen.

In der 2016 beginnenden Serie gab es an 22 Tagen 55 Angriffe. Zwei Droh-Graffiti an Wohnhäusern betrafen Schöneberg und Kreuzberg, sieben Wedding, zudem wurde ein Kfz in Kreuzberg angezündet – die übrigen 45 Taten wurden alle in Neukölln verübt, sowohl im Norden als auch im Süden. Es handelt sich bei den genannten Fällen um eine konservative Zählung, deren Grundlage Polizeimeldungen, Hinweise von Betroffenen an die MBR und Presseauswertungen sind. Eventuell existieren Fälle, die nicht bekannt gemacht und auch nicht zur Anzeige gebracht wurden. Zudem rechnet die MBR den Diebstahl von 16 Stolpersteinen in diesem Zeitraum dem gleichen Täterkreis zu, zählt diese Taten aber nicht als Angriffe.

Gleichbleibender Modus Operandi

Die Fälle deuten aufgrund der Handschriften der Droh-Graffiti, den Gemeinsamkeiten bei der Tatbegehung und den Aktionsformen sowie der Auswahl der Betroffenen auf dieselbe Tätergruppe hin. Zum Aktionsrepertoire gehörten Sachbeschädigungen durch Graffiti sowie Stein- und Bitumenflaschenwürfe, aber vor allem auch Brandanschläge auf Häuser sowie Kfz. Selbstbeichtigungsschreiben von Rechtsextremen gab es bei der Angriffsserie 2016-2019 nicht. Neu an dieser Serie war, dass nicht primär Einrichtungen ins Visier genommen wurden, sondern dass vor allem engagierte Einzelpersonen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld bedroht und ihre Kfz in Brand gesteckt wurden. So wurden in vier Tatnächten jeweils an mehreren Privatadressen Drohsprühereien mit Nennung von Vor- und Zunamen der Betroffenen angebracht und mindestens zehn private Kfz angezündet. Recherchen von Journalist:innen zum Brandanschlag gegen ein Mitglied der Partei Die Linke zeigten, dass die Tatverdächtigen in diesem Fall den Betroffenen gezielt ausgespäht hatten.

Behördenhandeln und politische Reaktionen - Kritik an den Ermittlungen

Betroffene der Angriffsserie kritisierten wiederholt die Ermittlungen. Für Irritation sorgte etwa, dass Betroffene Bescheide über die Einstellung der sie betreffenden Ermittlungsverfahren erhielten, ohne dass diese für sie nachvollziehbare Begründungen enthielten. Kritik gab es auch an der polizeilichen Tatortarbeit. Hinweisen von Betroffenen sei in der Spurensicherung nicht nachgegangen worden, Tatmittel wie geworfene Steine und Schraubgläser seien nicht gesichert worden. Viele Betroffene verloren aufgrund solcher Erfahrungen ihr Vertrauen in die Ermittlungsbehörden. Laut

Medienberichten besuchte ein LKA-Beamter ein Rudower Lokal, in dem sich zu diesem Zeitpunkt mehrere Rechtsextreme trafen und dabei vom Verfassungsschutz observiert wurden. Später habe der Beamte das Lokal mit dem Tatverdächtigen Sebastian T. verlassen. Behördeninterne Ermittlungen gehen davon aus, dass Sebastian T. mit einer anderen Person verwechselt wurde. Das haben polizeiliche Zeugen vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss mehrfach ausgesagt. Gleichzeitig führte eine Zeug:in vom Verfassungsschutz vor dem Ausschuss aus, dass Sebastian T. sicher identifiziert wurde. Ebenfalls für Verunsicherung und Misstrauen sorgten Presseberichte über eine mögliche Weitergabe von Informationen an Rechtsextreme aus Abfragen in polizeilichen Datenbanken sowie mögliche unbegründete Datenabfragen zu Betroffenen der rechtsextremen Angriffsserie im Auskunftssystem der Berliner Polizei.

Zivilgesellschaftliche Solidarität und Unterstützung aus Politik und Verwaltung

Aus der Zivilgesellschaft gab es vielfältige Aktivitäten zur Angriffsserie seit 2016, um sich mit den Angegriffenen zu solidarisieren und die Ermittlungsarbeit zu kritisieren. Ein Kreis von Betroffenen der Angriffe schrieb den damaligen Generalbundesanwalt an, weil er sich dadurch mehr Erfolg bei den Ermittlungen versprach. Als das erfolglos blieb, wurde für eine Petition geworben, welche die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses forderte. Über 25.000 Personen unterstützten diese Petition. Die BVV Neukölln solidarisierte sich in mehreren Entschliefungen mit den Betroffenen der rechtsextremen Angriffe und forderte von der Polizei die Einstufung der Taten als „rechter Terror“. Einige Fraktionen luden die MBR ein, um sich über die aktuellen Entwicklungen auszutauschen. Im Rathaus fand eine Pressekonferenz von Betroffenen statt, auch eine Ausstellung über Rechtsextremismus in Berlin wurde hier gezeigt.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

Im Juni 2022 konstituierte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, der das Behördenhandeln im Zusammenhang mit den rechtsextremen Angriffsserien in Neukölln im Zeitraum von 2009 bis 2021 sowie mit den Morden an Burak Bektaş und Luke Holland untersuchen soll. Verschiedene Initiativen organisieren seither an Tagen der Ausschusssitzungen Kundgebungen vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Betroffene, Engagierte und NGOs versprachen sich vor allem Aufklärung. Viele Betroffene hatten die Möglichkeit, vor dem Ausschuss über ihre Erlebnisse zu berichten. Jedoch wurden vielen Fragen, die zur Aufklärung notwendig gewesen wären, nicht beantwortet und Hinweisen mitunter nicht konsequent nachgegangen. Selbst als ein leitender Polizeiermittler mutmaßte, dass polizeiliche Einsatzpläne an Rechtsextreme weitergegeben worden sein könnten, zog das keine weiteren Nachforschungen nach sich und erhielt auch medial wenig Aufmerksamkeit.

Ein - vorläufiges - Fazit: Es bleiben viele Fragen

In einem für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angefertigten Gutachten hatte die MBR bereits im Jahr 2022 Fragen formuliert, die bisher weder im Untersuchungsausschuss noch in den Gerichtsprozessen zufriedenstellend beantwortet werden konnten: Wie wurde nach der

Abschaltung der Internetseite des „NW Berlin“ im Dezember 2012 das dahinter agierende Netzwerk weiter beobachtet? Hätte zum damaligen Zeitpunkt durch eine sofortige und konsequentere Strafverfolgung die spätere, erst im Mai 2016 beginnende Serie verhindert werden können? Warum konnten die Anschläge nicht gestoppt werden, obwohl sie mutmaßlich von einem überschaubaren Personenkreis verübt wurden und die heute Tatverdächtigen schon seit vielen Jahren bekannt waren? In einem Interview mit der tageszeitung (taz) anlässlich der Urteilsverkündung im ersten Prozess vor dem Amtsgericht im Februar 2023 resümierte Bianca Klose, Projektleitung der MBR: Der Prozess habe gezeigt, dass sich die früheren Versäumnisse bei den Ermittlungen nicht nachträglich aufholen ließen. Zusammenhänge seien nicht untersucht oder gar nicht erst gesehen worden. Es sei nicht versucht worden, die offene Frage nach weiteren, nicht angeklagten Beteiligten zu beantworten. Der Untersuchungsausschuss könne die juristische Aufarbeitung nicht ersetzen, nur weil er sich mit der gleichen Straftatenserie befasse.

In auf dem Blog „NSU-Watch“ veröffentlichten Offenen Briefen kritisierten Betroffene und Initiativen ebenfalls im Februar 2023 die Arbeit des Untersuchungsausschusses und verbanden die Kritik mit einer klaren Erwartungshaltung: „Wir haben den Eindruck, dass Abgeordnete und Fraktionen immer noch nicht verstanden haben, was der Untersuchungsausschuss leisten soll und muss. Der Ausschuss wird bloß mehr oder weniger durchgezogen. Wir können noch keine Strategie sehen, die etwas verändern möchte und das Potential dazu hat. Derzeit werden letztlich nur Tatsachen zusammengetragen, die in der Zivilgesellschaft seit Jahren bekannt sind.“

(Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, 2024)

Die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)** ist seit 2001 Anlaufstelle für alle, die bei konkreten rechtsextremen, rechtspopulistischen, rassistischen, antisemitischen oder verschwörungsideologischen Vorfällen sprechen- und handlungssicherer werden wollen, ob im beruflichen oder im privaten Kontext. Das geschulte Team entwickelt vor Ort passgenaue Handlungsstrategien - auch langfristig und präventiv. Neben der Beratungsarbeit und Prozessbegleitung bietet die MBR auch Qualifizierungen für Multiplikator:innen an, etwa in Form von thematischen Workshops und Vorträgen.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Postfach 670 108 | 10207 Berlin
Tel: (030) 817 985 810
info@mbr-berlin.de | www.mbr-berlin.de

2.2 Betroffene der Anschlagsserie und ihr Engagement

Neuköllnerinnen und Neuköllner, die sich für ein weltoffenes, vielfältiges und demokratisches Zusammenleben engagieren, wurden in den letzten Jahren zur Zielscheibe der Neonaziszene aus Süd-Neukölln. Ihr Engagement gegen rechtsextreme und rassistische Ideologien in ihrer Nachbarschaft vereint die Opfer der Angriffsserie. Trotz der mitunter traumatisierenden Angriffe führen viele Betroffene ihr Engagement ungebrochen weiter, gehen an die Öffentlichkeit, schließen sich zusammen und kritisieren die schleppende Aufarbeitung des Neukölln-Komplex'. Um zu verstehen, welche gewaltvollen Widerstände ihr Engagement in Neukölln erfährt und wie die Anwohner:innen entgegen jeder Einschüchterung standhaft bleiben, wird in den folgenden zwei Beiträgen den Perspektiven von Betroffenen Raum gegeben. Die Sozialarbeiterin Christiane Schott berichtet von der seit 2011 zehn Jahre andauernden Terrorisierung ihrer Familie und ihrer daraus erwachsenen aktivistischen Arbeit. Claudia und Christian von Géliou berichten von einem Brandanschlag aus dem Jahr 2016 und ihrem Frust mit der Arbeit der Polizei. Diese beiden Fälle sind unterschiedlichen Hochphasen rechtsextremer Aktivitäten in Süd-Neukölln zuzuordnen und demonstrieren so einmal mehr die Kontinuitäten dieser Gewalt im Bezirk – genauso wie das stetige Engagement gegen Rechtsextremismus.

2.2.1 Interview mit Christiane Schott⁴ - „Ich möchte nicht in dieser Opferrolle wahrgenommen werden, sondern als Aktivistin gegen Rechts“

Wie wurden Sie Opfer rechter Gewalt in Neukölln?

2011 vor den Europawahlen hatte ich eine Auseinandersetzung mit einer Gruppe junger Männer bei uns vor der Tür in der Hufeisensiedlung. Es ging um Propagandamaterial von der NPD, das sie verteilen wollten. Ich habe ihnen gesagt: „Das braune Zeug kommt nicht in meinen Briefkasten“. Daraufhin kam es zur verbalen Eskalation, die damit endete, dass einer der Männer sagte: „Sie sind also Frau Schott, Sie werden wieder von uns hören.“ Noch am gleichen Abend hing ein NPD-Plakat bei uns gegenüber an der Straßenlaterne. Ab diesem Moment wurde meine Familie insgesamt zehn Jahre von den Nazis terrorisiert. Die Fenster wurden eingeworfen, mehrmals, der Briefkasten gesprengt, das Auto beschmiert mit ‚Juden raus‘ und ein Joghurtglas mit Bitumen haben sie uns ins Haus geworfen. Nach der ersten Auseinandersetzung war für mich bei allen Vorfällen klar, dass waren Rechte. Das habe ich auch jedes Mal der Polizei und dann dem LKA gesagt. Die kamen nicht darum herum, in diese Richtung zu ermitteln.

Warum denken Sie, dass Sie so stark ins Visier der rechtsextremen Szene geraten sind?

Das ist schwierig zu sagen. Auch für die Polizei war das schwer zu verstehen, warum es so viele Anschläge auf ausgerechnet unsere Familie gegeben hat, woher diese Wut gegen uns kam. Weil wir nicht im besonderen Maße politisch aktiv waren, haben sie keinen Zusammenhang gesehen. Der

⁴ Gespräch geführt von Philon Griesel, 06.11.2024

Auslöser muss diese Auseinandersetzung am Briefkasten gewesen sein. Geendet hat es erst nach einem weiteren persönlichen Aufeinandertreffen, als die Rechten wieder Propaganda bei uns verteilten. Als ich Sebastian T. sah – aktuell läuft der Prozess gegen ihn wegen der Beteiligung an mehreren Anschlägen – habe ich ihn angepöbeln, er solle sofort hierherkommen. Ich habe ihn in mein Haus reingebeten, die Polizei gerufen und zu T. gesagt: Wenn er mich nicht in Ruhe lässt, hat er mich wie Kaugummi am Schuh – und dass ich nicht aufgeben werde. Daraufhin hat er mir versichert, dass er mich in Ruhe lässt, per Handschlag in meinem Wohnzimmer.

Sie haben sich stark politisiert und sind durch die Vorfälle zur Aktivistin gegen Rechtsextremismus geworden. Warum war ihnen das wichtig?

Wir haben vorher lange in Kreuzberg gewohnt und dort gab es keine Konfrontation mit Nazis. Als ich nach Rudow kam, war ich total schockiert von deren Präsenz. Überall waren NPD-Plakate, Sticker und Schmierereien. Als es dann zu den Angriffen kam, habe ich angefangen nach den Nazis zu suchen. So habe ich mich mit der Rudower Neonazi-Szene beschäftigt, bin zu Demos und NPD-Veranstaltungen gegangen, habe mir Material von der Antifa besorgt und war Beobachterin der Prozesse von T. und Tilo B. Wir haben damals als Familie die Entscheidung getroffen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Leute so einzuschüchtern, dass sie sich nicht bewegen können, ist das Schema der Nazis. Wenn man nicht aktiv bleibt und dem etwas entgegensetzt, ist man ihnen hilflos ausgeliefert. Auch deshalb habe ich damals „Hufeisern gegen Rechts“ und dann BASTA mitgegründet. Ich möchte nicht in dieser Opferrolle wahrgenommen werden, sondern als Aktivistin.

Wie blicken Sie aktuell auf die Aufarbeitung des Neukölln-Komplexes?

In unserem Fall wurde bis heute keine der Taten final aufgeklärt. Ich habe die Ermittlungen des LKA begleitet, wurde im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss befragt und verfolge die Prozesse seit Jahren. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Aufklärung dadurch vorangetrieben wird. Die gefährliche Konsequenz ist, dass sich die Nazis in Neukölln sehr sicher fühlen. Ich befürchte es wird sich erst etwas ändern, wenn es zu einem erneuten Todesfall kommt.

2.2.2 Beitrag von Claudia und Christian von Gélieu - Rechter Terror, behördliches Versagen und zivilgesellschaftliches Engagement gehen weiter

In der Nacht am 9. Februar 2017 gab es einen Brandanschlag auf unser Auto. Wir gehen davon aus, dass der Grund dafür unser Engagement in der antifaschistischen Galerie Olga Benario war. Die von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes 1984 in Neukölln eröffnete Galerie war von Anfang an Bedrohungen und wiederholten Angriffen aus der Nazi-Szene ausgesetzt. Trotz Klebezetteln mit Parolen wie „Tod allen Antifas“ spielte die Polizei diese immer wieder als „dumme Jungenstreiche“ herunter und wollte keine Anzeigen aufnehmen.

Unser Auto stand auf dem Grundstück direkt an unserem Haus und nur mehrere glückliche Umstände verhinderten ein Übergreifen des Feuers auf unser Reihenhaus und die Reihenhäuser unserer Nachbarn. Trotzdem behauptete die Pressemeldung der Polizei: Menschenleben seien nicht in

Gefahr gewesen. Diese Bagatellisierung des rechten Terrors in Neukölln durch die Sicherheitsbehörden findet bis heute statt und den Betroffenen wird „Verfolgungswahn“ unterstellt.

Die Staatsanwaltschaft hat nur für zwei der vielen Anschläge Anklage erhoben - der auf uns gehört nicht dazu. Bei uns wurde das Ermittlungsverfahren bereits im Sommer 2018 eingestellt, bei anderen Betroffenen schon nach wenigen Wochen. Stattdessen leitete der Staatsschutz ein Ermittlungsverfahren gegen Christian von Gélieu ein, weil ein Nazi unter Verwendung seines Namens eine Straftat begangen hatte.

In der rechten Terrorserie beschränkten sich die Polizeiaktivitäten nach eigener Darstellung auf Überwachung des Haupttatverdächtigen, weil bei Brandanschlägen Täter angeblich nur bei der Tat selbst überführt werden können. Als Grund, dass dies nicht gelang, vermutete ein dafür zuständiger Beamter den Verrat der Einsätze aus Polizeireihen: „In den Nächten, in denen wir unterwegs waren, blieben die Verdächtigen immer zuhause.“

Dass in dieser Anschlagsserie die Täter Betroffene und Tatort ausspioniert haben und es dafür Zeug:innen oder bei ihnen belastendes Material gefunden werden könnte, es also andere Ermittlungsansätze geben könnte, darauf haben wir in vielen Gesprächen mit Sicherheitsbehörden immer wieder hingewiesen. Nach dem Bericht der vom Innensenat eingesetzten Sonderermittler hatte auch der Verfassungsschutz die Haupttatverdächtigen im Visier, aber die Aufzeichnungen der Telefonüberwachung wurden nicht im Hinblick auf die Anschlagsserie ausgewertet.

Im September 2024 wurde uns die Einstellung von Schutzmaßnahmen mitgeteilt, weil die Polizei aktuell keine Gefahr sieht. Einen Monat später gibt es den vierten Anschlag auf den Buchhändler Heinz Ostermann, mit dem wir uns seit Frühjahr 2018 gemeinsam in der Initiative „Rudow empört sich“ gegen rechts und für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden unser antifaschistisches Engagement fortsetzen und auch weitere Konsequenzen für das Versagen der Sicherheitsbehörden einfordern.

(Claudia und Christian von Gélieu, 04.11.2024)

3. RECHTSEXTREME PROPAGANDA UND GEWALT IN NEUKÖLLN. DIE AKTUELLE LAGE UND ENTWICKLUNGEN IM JAHR 2023

Der vorliegende Jahresbericht des Bezirksamtes Neukölln bildet die Lage rechtsextremer Gewalt in Neukölln ab, indem Erhebungen, Analysen und Perspektiven verschiedener Akteure ergänzend zusammengetragen werden. Diese verschiedenen statistischen Beschreibungen und qualitativen Beobachtungen des Phänomens rechtsextremer Gewalt sollen so ein möglichst umfassendes Bild der Zustände zeichnen. Dieses Kapitel bezieht sich explizit auf den Berichtszeitraum 2023. Hierzu werden einerseits die Erhebungen des Staatsschutzes herangezogen, indem die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- aufgeführt und Schwerpunkte aus dem Verfassungsschutzbericht aufgenommen werden. Dem gegenübergestellt wird die Chronik und Analyse rechtsextremer Vorfälle des Register Neukölln. Detailliertere qualitative Einblicke in bestimmte Phänomene rechtsextremer Gewalt bieten in diesem Bericht die Meldestelle Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) sowie die Opferberatung ReachOut. Um eine korrekte Einordnung dieser verschiedenen Quellen und der sehr heterogenen Zahlen zu gewährleisten, wird diesem Teil des Jahresberichtes eine wissenschaftlich kriminologische Einordnung vorangestellt.

3.1 Wissenschaftliche Einordnung statistischer Erhebungen zu Erfassung rechtsextremer Gewalt - Interview mit Max Laube⁵

Dr. Max Laube ist Kriminologe und beschäftigt sich in seiner Forschung schwerpunktmäßig mit den Themen Rechtsextremismus, Antisemitismus und politischer Gewalt. Er forschte an der TU Berlin zur Kategorisierung von Straftaten im Rahmen der Polizeistatistik politisch motivierter Kriminalität - rechts- und promovierte zur Entwicklung der Täterstruktur rechter Gewaltdelinquenz in Deutschland. Aktuell ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt „Schutz vor Aggression und Gewalt für Rettungs- und Einsatzkräfte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (SAGRE)“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Wie kann rechtsextreme Gewalt wissenschaftlich betrachtet werden?

Es ist wichtig sich klar zu machen, dass es aus Sicht der Kriminologie kein „reales Ausmaß“ politischer Kriminalität gibt. Häufig werden Statistiken von Polizei oder Opferberatungsstellen herangezogen, um das Problem zu beschreiben. Dabei hängt die Höhe der Zahlen - und damit das Ausmaß politischer Kriminalität - davon ab, wie eng oder weit das Phänomen definiert wird. Die polizeiliche Statistik zu politisch motivierter Kriminalität (PMK) beispielsweise ist ein behördliches Konstrukt, das auf eine bestimmte Art definiert und dann dementsprechend angewendet wird. Das heißt, die Fallzahlen spiegeln nicht das „reale Ausmaß“ rechter Gewalt wider, sondern diese spezifische Definition des Phänomens - sofern diese Definition dann in der Ermittlungspraxis auch

⁵ Gespräch geführt von Philon Griesel, 21.11.2024

korrekt angewendet wird. Als Forscher lege ich deshalb das Augenmerk darauf, wie Behörden und zivilgesellschaftliche Akteure das Problem beschreiben, wieviel Aufmerksamkeit sie ihm schenken. Die dargestellten Definitionsfragen sind nämlich Produkt politischer Aushandlungsprozesse. Im Falle der polizeilichen PMK-Statistik werden die relevanten statistischen Kategorien im Rahmen der Innenministerkonferenz festgelegt und sind somit auch abhängig von politischen Strömungen und Interessen. Seit 2019 ist beispielsweise das Unterthemenfeld „Deutschfeindlichkeit“, das als rechtsextremer Kampfbegriff bezeichnet werden kann, Teil der PMK-Statistik, was einen Bruch mit dem bis dato geltenden Minderheitenfokus (Hate-Crime) des Erfassungssystems darstellt.

In diesem Bericht wird die PMK -rechts- Statistik aufgeführt. Was bilden diese statistischen Erhebungen ab und wie sind sie richtig einzuordnen?

Das PMK-Erfassungssystem wurde 2001 eingeführt, um auf Erfassungsdefizite der Vorgängerstatistiken zu reagieren. Es erweitert das vorherige Konzept durch die Einbeziehung von Hasskriminalität. Das heißt, dass nicht ausschließlich sogenannte „klassische“ Staatsschutzdelikte wie Hochverrat oder Landesverrat berücksichtigt werden, sondern auch Straftaten gegen Minderheitengruppen als politisch motiviert eingestuft werden. Die Liste verschiedener minderheitenfeindlicher Tatmotive, die in der Statistik aufgenommen werden, wird seit 2001 stetig erweitert. So wurden beispielsweise Straftaten aufgrund von Merkmalen wie sozialer Status oder geschlechtlicher Identität aufgenommen. Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass die PMK-Statistik nicht die Kriminalitätswirklichkeit abbildet, sondern in erster Linie die Ermittlungs- und Arbeitspraxis der Polizei. Trotzdem wird sie in der öffentlichen Debatte häufig genutzt, um das „reale Ausmaß“ rechter Gewalt in Deutschland darzustellen. Um die Zahlen, die in diesem Bericht eine Rolle spielen, interpretieren zu können, müssen zwei statistische Verzerrungen bedacht werden.

Einmal auf der konzeptuellen Ebene: Wie wird politisch rechts motivierte Kriminalität definiert? Und auf der Ebene der praktischen Erfassung: Wird diese Definition von den Beamtinnen und Beamten in der Praxis korrekt angewendet? Auf beiden Ebenen lassen sich Tendenzen einer Untererfassung konstatieren. Insbesondere rechts motivierte Kriminalität weist einige Besonderheiten auf, die dazu führen, dass das Dunkelfeld in diesem Kriminalitätsbereich größer ist als in entsprechenden Deliktgruppen der Allgemeinkriminalität. Erstens liegt ein spezifisches Anzeigeverhalten vor. Rechte Gewalt richtet sich teilweise gegen Gruppen wie Geflüchtete, Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus oder Obdachlose, die unter Umständen den Weg zur Polizei scheuen. Außerdem können weitere Hürden wie Sprachbarrieren oder die Angst vor sekundärer Viktimisierung durch die Polizei dazu führen, dass keine Anzeige erstattet wird. Wenn dies trotzdem passiert, kann zweitens die Klassifikationspraxis zu einer Untererfassung führen. Da es sich bei der PMK-Statistik um eine Eingangstatistik handelt, müssen die Beamt:innen bereits zu Beginn ihrer Ermittlungen eine Einschätzung hinsichtlich der politischen Motivation eines Falles treffen, obwohl sie in ihrem Arbeitsalltag zumeist nur sehr selten mit politisch motivierter Kriminalität konfrontiert werden. Erkennen sie keine Anzeichen einer politischen Motivation, geht der betroffene Fall einerseits nicht in die PMK-Statistik ein und wird andererseits nicht an die Staatsschutzabteilung der jeweiligen

Polizeidirektion weitergeleitet, wo Beamt:innen tätig sind, die über Expertise bei politischen Fällen verfügen. Aufgrund dieser doppelten Verzerrung liefert die PMK-Statistik ein strukturell konservatives Bild des einschlägigen Straftatenaufkommens.

Meldestellen und Opferberatungsstellen legen eigene Zahlen zu rechtsextremen Vorfällen vor und probieren das Dunkelfeld der Polizeistatistik auszuleuchten. Inwiefern sind diese Akteure wichtig, um sich einen Begriff zu machen von der Präsenz rechtsextremer Gewalt in der Gesellschaft?

Diese Akteure sind wichtig, um der Definition und der Interpretation des Phänomens durch die Polizei eine andere Perspektive entgegenzusetzen. Nicht zuletzt durch diesen öffentlichen Druck wurde auch die große Reform der polizeilichen Erfassung politischer Kriminalität im Jahr 2001 angestoßen. Ein Beispiel dafür ist die Liste der Todesopfer rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung, die durch eine Gruppe um die Journalist:innen Frank Jansen und Heike Kleffner im Herbst 2000 im Tagesspiegel veröffentlicht wurde. Die im Vergleich zur Polizeistatistik sehr viel höhere Zahl an Todesopfern regte eine fortlaufende Diskussion zur Definition des Phänomens rechter Gewalt an, was ein zentraler Verdienst dieser Akteure ist.

Und wie können diese alternativen Zahlen konkret interpretiert werden?

Opferberatungsstellen und Registerstellen können einen Teil des polizeilichen Dunkelfeldes erhellen. Das zeigt sich auch daran, dass die einschlägigen Fallzahlen der Meldestellen zeitübergreifend höher sind als die Polizeizahlen. Es ist davon auszugehen, dass den Meldestellen auch Fälle bekannt werden, die nicht bei der Polizei angezeigt wurden. Gleichzeitig haben auch die Statistiken der Opferberatungsstellen ihr eigenes spezifisches Dunkelfeld, da ein Teil der Betroffenen rechter Übergriffe diese weder der Polizei noch einer Meldestelle mitteilt. Darüber hinaus ist mit Blick auf die Diskrepanz zwischen Polizei- und NGO-Zahlen zu bedenken, dass die verschiedenen Akteure unterschiedliche Definitionen nutzen. Meldestellen nehmen beispielsweise auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze auf und wenden ein breiteres Verständnis von politischer Motivation an. Ferner muss analog zur kritischen Einordnung der PMK-Statistik auch bei den Daten der Meldestellen auf bestimmte Verzerrungen hingewiesen werden. Besonders wenn ein langer Zeitraum betrachtet wird, verändert sich die Datengrundlage stark und Vergleichbarkeit ist dementsprechend kaum gegeben. Erstens hängt die Entwicklung der Zahlen massiv von der Bekanntheit der jeweiligen Meldestelle ab. Ein Anstieg der jährlichen Fallzahlen kann dementsprechend auch auf die gestiegene Bekanntheit der Meldestelle zurückzuführen sein. Zweitens können institutionelle Veränderungen wie die Entstehung neuer Meldestellen oder der Wechsel der Trägerschaft die Entwicklung der Fallzahlen beeinflussen. Auch die Personalsituation in den Opferberatungsstellen oder Registerstellen ist in diesem Kontext relevant. Viele dieser Stellen betreiben u.a. proaktives Monitoring, indem sie beispielsweise im Internet beobachten, ob z.B. antisemitische Aussagen getätigt werden und dann direkt zur Meldung dieser Fälle aufrufen. Je mehr personelle Kapazität da ist, das zu betreiben, desto mehr Fälle werden auch gemeldet. Das spricht dafür, dass die Arbeit sämtlicher Opferberatungs- und Meldestellen verstetigt werden sollte, die üblicherweise nur im jährlichen oder höchstens zwei-jährlichen Rhythmus gefördert werden.

Gesicherte Rahmenbedingungen würden neben verbesserten Arbeitsbedingungen also auch zu einer höheren Datenqualität führen. Außerdem sollten die statistischen Verzerrungsmöglichkeiten von allen Akteuren transparent gemacht und bei der Interpretation der Statistiken berücksichtigt werden.

Dennoch sind die Zahlen aufgrund der vielfältigen Herangehensweisen nur schwer vergleichbar. Wie kann man sich wissenschaftlich auf andere Weise dem Phänomen rechter Gewalt nähern?

Eine Heterogenität der Definitionen und Perspektiven auf ein Phänomen kann durchaus erkenntnisfördernd sein. Trotzdem würde ich als Forscher aufgrund der Veränderungen im Bereich der Kategorien und Definitionen davon abraten, die Zahlen von Polizei und Opferberatungsstellen im Zeitverlauf zu vergleichen. Stattdessen können sie dazu dienen, auf bestimmte lokale Schwerpunktregionen oder bestimmte Motive und Kontexte rechter Gewalt aufmerksam zu machen. Generell existiert ein gewisser Zahlenfetisch in der öffentlichen Diskussion in Deutschland zu diesem Thema, den es zu überwinden gilt. Obwohl die Datenqualität der Statistiken beschränkt ist, wird meist versucht, die Relevanz des Problems mit hohen Fallzahlen zu belegen. Dabei werden qualitative Fragen vernachlässigt: Welche Versatzstücke rechtsextremer Ideologien und Diskurse sind aktuell gesellschaftlich relevant und wie motivieren sie Gewaltvorfälle? Auch für Neukölln lohnt sich eine detailliertere Herangehensweise. Nord-Neukölln ist zum Beispiel mit anderen Problemen und Kriminalitätsphänomenen von rechts belastet als südlichere Ortsteile. Im belebten städtischen Nord-Neukölln, wo viele Menschen aufeinandertreffen, wo Demonstrationen stattfinden, ist vor allem antisemitische, rassistische und flüchtlingsfeindliche Gewalt zu beobachten, die zumeist spontan in Alltagssituationen verübt wird. Aufgrund der territorialen Verwurzelung der rechtsextremen Szene und der Präsenz polizeibekannter Neonazis handelt es sich in den südlichen Ortsteilen häufiger um gezielte Gewaltakte gegen politische Gegner, die einen hohen Planungsgrad aufweisen. Daran zeigt sich, dass die Großkategorie „rechte Gewalt“ aus kriminologischer Perspektive ein breites Spektrum unterschiedlicher Phänomene umfasst. Diese verschiedenen Phänomene sollten in ihrer jeweiligen Spezifik analysiert und erklärt werden, wenngleich sie auf einer Meta-Ebene natürlich als handgreifliche Ausformungen der aktuellen nationalen und internationalen Politiken der Abschottung und Ausgrenzung interpretiert werden können.

3.2 Behördliche Statistik und Lageeinschätzung

3.2.1 Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- in Berlin-Neukölln 2023

Die Abteilung Polizeilicher Staatsschutz der Polizei Berlin hat dem Bezirksamt seine Auswertung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) für Neukölln zur Verfügung gestellt. Folgende Hinweise der Polizei zur Erhebung der vorliegenden Statistiken werden den Daten vorangestellt und hier wiedergegeben:

Vorbemerkung

Grundlage für die Beantwortung aller Fragen bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich, anders als bei der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS), um eine Eingangstatistik. Das bedeutet, der Fall wird sofort gezählt, wenn er bekannt wurde, und nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen. Die Fallzählung erfolgt tatezeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer fortlaufenden Bewertung gemäß der angenommenen Tatmotivation. Neuere Erkenntnisse können demgemäß zu einer Aktualisierung oder zu Änderungen führen. Darüber hinaus können Fälle der PMK auch erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter- als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Richtlinien für den KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind. Liegt der Tatort in einem anderen Bundesland, wird der Fall dort statistisch gezählt.

Terrorismus ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129a, 129b Strafgesetzbuch (StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen §§ 89a, 89b, 89c und 91 StGB erfasst.

Gewaltdelikte sind Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbrüche, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubungen, Raubstraftaten, Erpressungen und Widerstands- sowie Sexualdelikte einschließlich der Versuche.

Propagandadelikte sind Verstöße gegen § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger und terroristischer Organisationen) und gegen § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen).

Die sonstigen Delikte beinhalten alle weiteren Straftaten des Strafgesetzbuches sowie der Strafrechtsnebensetze, zum Beispiel Beleidigung gemäß § 185 StGB oder Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB.

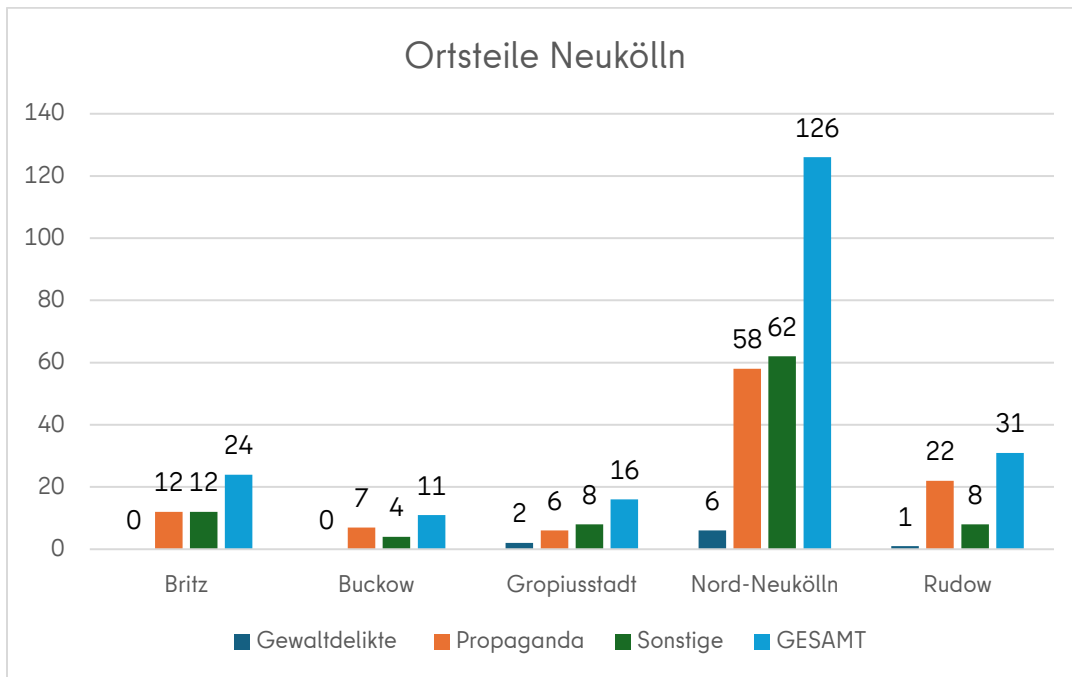
(Polizei Berlin 2024)

Fallaufkommen PMK -rechts- für den Bezirk Neukölln für das Jahr 2023

Neukölln GESAMT	208
Gewaltdelikte	9
Körperverletzung	9
Propagandadelikte	105
Verwenden von Kennzeichen	105
Sonstige Delikte	94
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	39
Belohnung / Billigung von Straftaten	2
Nachstellung	1
Nötigung / Bedrohung	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2
Sachbeschädigung	10
Straftaten gegen Religion / Weltanschauung	1
Volksverhetzung	37

Terrorismusedelikte waren nicht zu verzeichnen.

Aufschlüsselung für die Ortsteile



Fallaufkommen PMK -rechts- im Ortsteil **Britz**

Britz GESAMT	24
Propagandadelikte	12
Verwenden von Kennzeichen	12
Sonstige Delikte	12
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	7
Nachstellung	1
Sachbeschädigung	2
Volksverhetzung	2

Terrorismus- und Gewaltdelikte waren nicht zu verzeichnen.

Fallaufkommen PMK -rechts- im Ortsteil **Buckow**

Buckow GESAMT	11
Propagandadelikte	7
Verwenden von Kennzeichen	7
Sonstige Delikte	4
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	3
Volksverhetzung	1

Terrorismus- und Gewaltdelikte waren nicht zu verzeichnen.

Fallaufkommen PMK -rechts- im Ortsteil **Gropiusstadt**

Gropiusstadt GESAMT	16
Gewaltdelikte	2
Körperverletzung	2
Propagandadelikte	6
Verwenden von Kennzeichen	6
Sonstige Delikte	8
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	1
Nötigung / Bedrohung	1
Straftaten gegen Religion / Weltanschauung	1
Volksverhetzung	5

Terrorismusedelikte waren nicht zu verzeichnen.

Fallaufkommen PMK -rechts- im Ortsteil **Nord-Neukölln**

Nord-Neukölln GESAMT	126
Gewaltdelikte	6
Körperverletzung	6
Propagandadelikte	58
Verwenden von Kennzeichen	58
Sonstige Delikte	62
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	25
Belohnung / Billigung von Straftaten	2
Nötigung / Bedrohung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Sachbeschädigung	6
Volksverhetzung	27

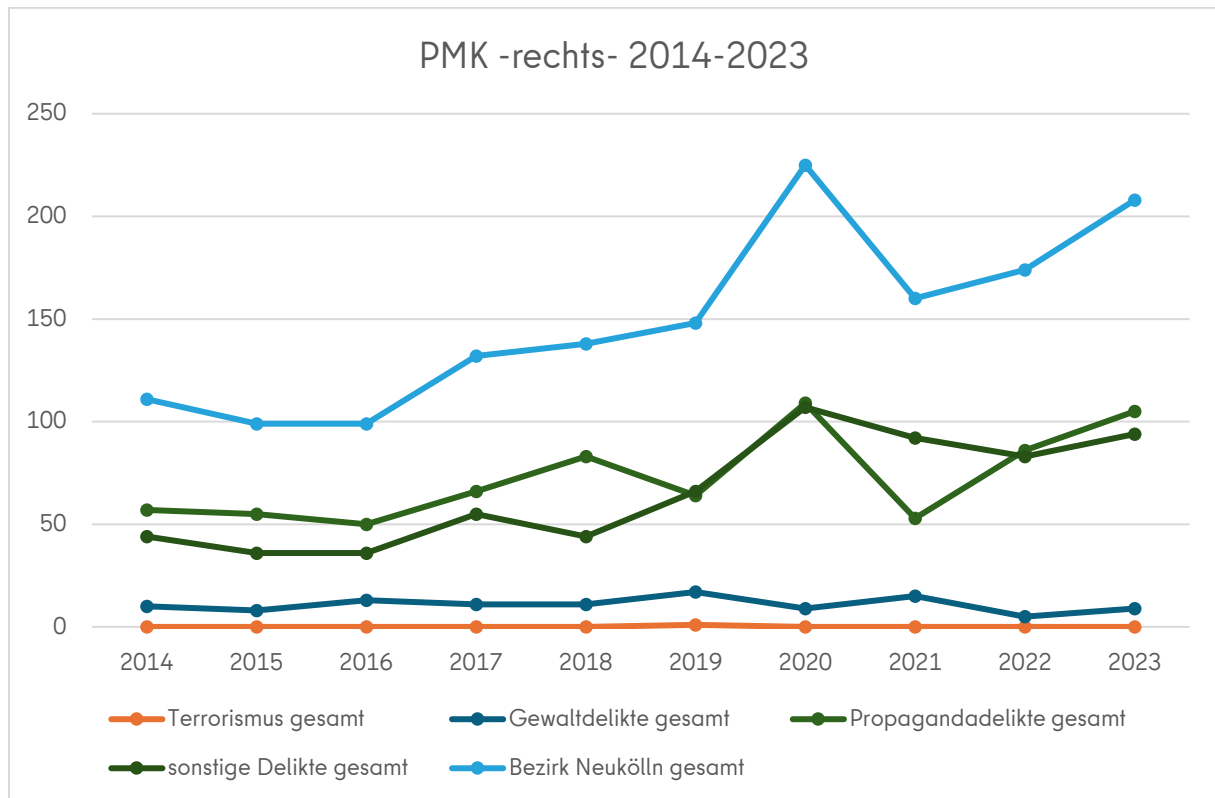
Terrorismusedelikte waren nicht zu verzeichnen.

Fallaufkommen PMK -rechts- im Ortsteil **Rudow**

Rudow GESAMT	31
Gewaltdelikte	1
Körperverletzung	1
Propagandadelikte	22
Verwenden von Kennzeichen	22
Sonstige Delikte	8
Beleidigung / Üble Nachrede / Verleumdung	3
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Sachbeschädigung	2
Volksverhetzung	2

Terrorismusedelikte waren nicht zu verzeichnen.

Entwicklung der Zahlen seit 2017



	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Neukölln GESAMT	111	99	99	132	138	148	225	160	174	208
Terrorismus	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Vorbereitung schwere staatsgefährdenden Gewalttat	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Gewaltdelikte	10	8	13	11	11	17	9	15	5	9
Brandstiftung	2	0	4	6	2	0	2	0	0	0
Erpressung	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Körperverletzung	6	8	8	5	7	17	7	14	4	9
Landfriedensbruch	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Tötungsdelikte	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Verkehrsgefährdungen	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Widerstandsdelikte	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0
Propagandadelikte	57	55	50	66	83	64	109	53	86	105
Verwenden von Kennzeichen	57	55	50	66	83	64	109	53	86	105
Sonstige Delikte	44	36	36	55	44	66	107	92	83	94
Amtsanmaßung / Missbrauch von Titeln	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0
Beleidigung/ Üble Nachrede/ Verleumdung	12	3	16	10	20	25	40	46	46	39

Belohnung / Billigung von Straftaten	0	0	0	1	0	0	0	0	0	2
Betrug / Untreue	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Datenschutzgesetz	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Diebstahl / Unterschlagung	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Hausfriedensbruch	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
Kriegswaffenkontrolle	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Kunsturheberrechtsgesetz	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Nachstellung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nötigung / Bedrohung	3	5	0	1	2	3	3	4	2	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	0	0	1	0	0	0	0	0	1	2
Sachbeschädigung	20	12	8	23	10	5	40	24	13	10
Störung des öffentlichen Friedens	0	0	0	0	0	2	0	1	0	0
Straftaten gegen Religion / Weltanschauung	0	2	1	1	0	6	0	1	0	1
Urkundenfälschung	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Vereinsgesetz	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Versammlungsgesetz	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0
Versuch der Beteiligung	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Volksverhetzung	9	13	8	13	10	21	17	15	20	37
Vortäuschen einer Straftat	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Waffengesetz	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0

3.2.2 Lageeinschätzung des Berliner Verfassungsschutzes

Strukturen

Vor allem galt der Süden des Bezirks Neukölln als Aktionsschwerpunkt der rechtsextremistischen Szene in Berlin. Die Region war früheres Betätigungsfeld des „Netzwerks Freie Kräfte“, das seinerzeit mit dem Neuköllner Kreisverband der NPD verschmolzen ist. So konnte in Neukölln zwischenzeitlich ein Personenpotenzial im unteren dreistelligen Bereich mobilisiert werden. Die Neuköllner Neonaziszene galt als besonders gewaltbereit. Ihre Bedrohungen richteten sich vor allem gegen politische Gegner, um ihren Aktionsraum zu verteidigen.

Durch den Wegzug lokaler Protagonisten und veränderte Organisationsstrukturen innerhalb der Szene haben die rechtsextremistischen Aktivitäten im Bezirk Neukölln inzwischen abgenommen.

Parteien

Der 2005 gegründete Neuköllner Kreisverband der NPD entfaltete einen für den Westteil Berlins ungewöhnlich hohen Aktivitätsgrad. Die Partei erzielte 2006 in Neukölln ihr bestes Wahlergebnis im Westteil Berlins und war bis zum Jahr 2011 mit zwei Bezirksverordneten in der Neuköllner BVV vertreten. Zeitweise waren mehr als 25 Mitglieder im Neuköllner Kreisverband der NPD organisiert, wobei zahlreiche führende Aktivisten gleichzeitig als „Freie Kräfte“ agierten.

Der Rückgang der rechtsextremistischen Aktivitäten in Neukölln ist unter anderem auf den Bedeutungsverlust des Berliner Landesverbands der Partei „Die Heimat“ [ehem. NPD] zurückzuführen. Der bis vor einigen Jahren noch sehr aktive und besonders aggressiv auftretende Kreisverband Neukölln ist aktuell kaum noch vorhanden und die Aktivitäten der Partei kaum noch wahrnehmbar. Vor allem die jungen Aktivistinnen und Aktivisten sind zwischenzeitlich zum „III. Weg“ gewechselt. „Der III. Weg“ hat sich mittlerweile zum Hauptakteur im neonazistischen Rechtsextremismus etabliert und ist für den Großteil rechtsextremistischer Aktivitäten in Berlin verantwortlich. Die Kleinpartei zieht insbesondere gewaltbereite Einzelpersonen an.

Das Selbstverständnis und die Ideologie des „III. Wegs“ knüpfen unverhohlen an den historischen Nationalsozialismus an. Bei Kundgebungen und Demonstrationen fallen die Aktivistinnen und Aktivisten des „III. Wegs“ regelmäßig durch uniformähnliches Auftreten sowie Beflaggung und Beschilderung auf, die an eine vermeintliche NS-Ästhetik anknüpfen sollen. Das „Netzwerk Freie Kräfte“ ist auch überwiegend im Bezirk Neukölln im „III. Weg“ aufgegangen.

Verfassungsschutzrelevante „Neue Rechte“

Unter dem Begriff der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten“ werden rechtsextremistische Bestrebungen zusammengefasst, die vorgeben sich vom historischen Nationalsozialismus zu distanzieren. An die Stelle herkömmlicher rechtsextremistischer Argumentationsmuster treten aktuelle politische Themen, wie etwa Migration, soziale Fragen und Kriminalitätsbelastung. Die verfassungsschutzrelevante „Neue Rechte“ vereinnahmt diese Themen, spitzt sie zu und schürt sodann Vorurteile gegen bestimmte Gruppen von Menschen - vor allem Migranten und Muslime. Anders als der traditionelle Rechtsextremismus, der sich zum Großteil innerhalb seiner eigenen Subkultur bewegt, sucht die verfassungsschutzrelevante „Neue Rechte“ gezielt Anschluss an nicht-extremistische Gesellschaftsteile. Dem Spektrum der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten“ werden in Berlin verschiedene Gruppierungen zugerechnet. Darunter die „Identitäre Bewegung“ (IB) sowie die „Patriotic Opposition Europe“ (POE).

Reichsbürger und Selbstverwalter

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind Gruppierungen oder Einzelpersonen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschlands und deren Rechtssystem leugnen und ablehnen. Sie vertreten Verschwörungserzählungen und Narrative wie die vermeintlich anhaltende Besetzung Deutschlands durch die Alliierten. Einige sind zudem Anhänger rechtsextremistischen Gedankenguts. Meistens treten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ mit aggressiven Verhaltensweisen gegenüber Gerichten und Behörden in Erscheinung. Davon sind auch Neuköllner Behörden betroffen. Darüber hinaus besteht die Szene überwiegend aus unorganisierten Einzelpersonen, die sich auf die Bezirke verteilen.

Trefforte

Als Trefforte standen den Neuköllner Rechtsextremisten zwischen 2011 und 2012 und dann nochmals zwischen 2012 und 2013 sogenannte „Nationale Jugendzentren“ (JUZ) zur Verfügung. Tatsächlich handelte es sich hierbei nicht um öffentlich zugängliche „Jugendzentren“, sondern ausschließlich um intern genutzte Räumlichkeiten. Beide JUZ mussten aufgegeben werden. Seit der Schließung des letzten Nationalen Jugendzentrums in Neukölln im Jahr 2013 fehlt der rechtsextremistischen Szene in Neukölln ein Rückzugsraum. Während noch in den Jahren 2021 und 2022 zahlreiche Aktionen des „III. Wegs“ in Neukölln durchgeführt wurden, verlagerten sich die Aktivitäten der Partei spätestens ab 2023 deutlich wahrnehmbar in die Bezirke Pankow und Marzahn-Hellersdorf. Ein Grund hierfür ist die Schließung eines Hotel-Restaurants in Rudow zum 01.02.2023. Das Lokal diente den Mitgliedern des „III. Wegs“ über einen längeren Zeitraum als Durchführungsort ihrer Monatstreffen. Danach fanden die Treffen an wechselnden Orten in Berlin und Brandenburg statt. Zudem bewegen sich Aktivitätsschwerpunkte in der Regel in Wohnortnähe, sodass auch der relative Anteil von Wohnsitzen in einem Bezirk ausschlaggebend für dessen Relevanz für die jeweilige Organisation ist. Die Mitglieder des „III. Wegs“ bzw. dessen Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ sind größtenteils in Marzahn-Hellersdorf und Pankow ansässig.

Aktionsfelder

Generell ist die rechtsextremistische Szene Neuköllns seit jeher stark auf die Agitation gegen „links“ ausgerichtet. Entsprechend richteten sich Aktionen und Straftaten organisierter Neuköllner Rechtsextremisten bisher ganz überwiegend gegen den politischen Gegner, waren aber auch den Themenbereichen Rassismus und Antisemitismus zuzuordnen.

In Neukölln sind nach wie vor insbesondere gewaltbereite Rechtsextremisten wohnhaft. Es muss davon ausgegangen werden, dass dieser Personenkreis im vertrauten Aktionsraum bleibt. Mögliche Aktivitäten dürften sich weiterhin gegen politische Gegner sowie gegen Menschen mit Migrationsgeschichte richten. Neukölln ist bislang kein Aktionsschwerpunkt der verfassungsschutzrelevanten „Neuen Rechten“. Der Bezirk wird allerdings regelmäßig als Negativbeispiel für vermeintliche „Parallelwelten“ durch „unkontrollierte Zuwanderung“ und „Clankriminalität“ für die migrationsfeindliche Agitation der Szeneakteure herangezogen.

Fazit

Die Neuausrichtung der Strukturen des Berliner Rechtsextremismus führte dazu, dass sich der Schwerpunkt rechtsextremistischer Aktivitäten sukzessive von Neukölln mittlerweile überwiegend in den Osten und Nordosten der Stadt verlagert hat. Ehemalige Neuköllner Szeneakteure haben sich im „III. Weg“ formiert. Die Gewaltorientierung des „III. Weg“ zeigt sich insbesondere in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Pankow, wo es in den letzten Monaten zunehmend zu Auseinandersetzungen zwischen dem „III. Weg“ und politischen Gegnern kam. Zudem sind weitere Angehörige der Neuköllner Neonaziszene in vergangenen Jahren aus Berlin verzogen.

(Berliner Verfassungsschutz, 07.11.2024)

3.3 Daten und Einordnungen der Melde- und Opferberatungsstellen

3.3.1 Fallzahlen des Register Neukölln - Raum einnehmen durch Propaganda

Auswertung des Jahres 2023

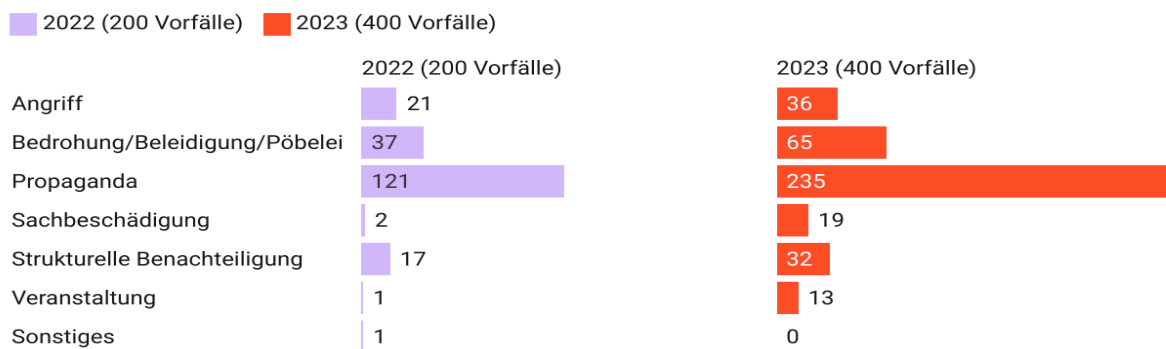
Das Register Neukölln dokumentierte im Jahr 2023 eine Gesamtzahl von 400 Vorfällen - ein Anstieg um fast 100 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Konkreten bedeutet die Summe an dokumentierten Vorfällen, dass sich in Neukölln im Durchschnitt täglich mindestens ein extrem rechter oder diskriminierender Vorfall ereignete. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen: Erstens wurde das Melder:innennetzwerk weiter ausgebaut und neue Zielgruppen erschlossen. Zweitens war infolge des Überfalls der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 eine Zunahme an antisemitischen Vorfällen in Neukölln und in ganz Berlin zu vermerken. Überwiegend wurden Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze registriert, wobei Propaganda mit rund 60% den größten Anteil ausmachte. Südliche Ortsteile meldeten vor allem extrem rechte Propaganda, während im Norden Angriffe und Bedrohungen, Beleidigungen sowie Pöbeleien dominierten.

Seit Bestehen der Registerstelle im Bezirk Neukölln wurde keine vergleichbar hohe Anzahl an Vorfällen dokumentiert. Im Jahr 2021 bewegte sich die Gesamtzahl der Meldungen bereits auf ähnlich hohem Niveau (2021: 354). Der Rückgang an dokumentierten Vorfällen im Jahr 2022 auf eine Gesamtzahl von 201 ließ sich in erster Linie auf die neue Trägerschaft des Registers Neukölln zurückführen.

Auswertung nach Vorfällenarten

Die häufigsten Vorfälle waren Propaganda (z.B. Graffiti, Sticker, Flugblätter) mit einem Anteil von 59%. Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien (16% aller Vorfälle) und Angriffe (9%), Sachbeschädigungen (5%), strukturelle Benachteiligungen (8%) und Veranstaltungen (3%) machen den Rest der gesammelten Vorfälle aus.

Vorfällenarten 2022 und 2023



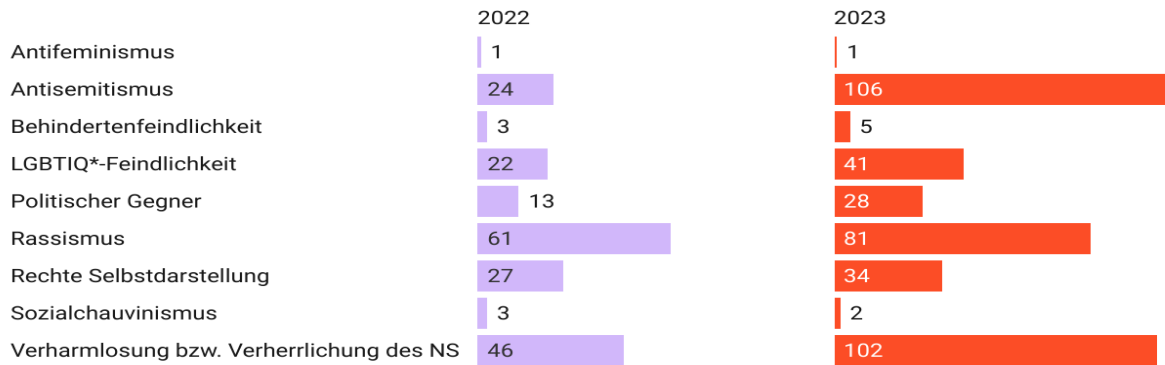
Im Vergleich zum Vorjahr lässt sich in allen Bereichen ein Anstieg feststellen. Besonders alarmierend ist hier die Zunahme an **Angriffen** von 21 auf 36 und **Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien** von 37 auf 65. Während bei den Angriffen das Hauptmotiv LGBTIQ*-Feindlichkeit ist, sind rund die Hälfte aller dokumentierten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien rassistisch motiviert.

Auswertung nach Vorfällenmotiven

Hinsichtlich der Motivlage der dokumentierten Vorfälle lassen sich folgende Zahlen identifizieren: **Antisemitismus** ist mit 106 Vorfällen die häufigste Motivkategorie, was etwa 27% aller Vorfälle ausmacht. **Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus** ist mit 102 Vorfällen das zweithäufigste Motiv, was etwa 26% der dokumentierten Vorfälle ausmacht. Danach folgt **Rassismus** mit 81 Vorfällen, also 20% der Gesamtzahl. Die Berliner Register beleuchten beim Themenfeld Rassismus verschiedene Ausprägungen: Rassismus allgemein (nicht näher zugeordnet), anti-Schwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus. Etwa jeder vierte rassistische Vorfall, der gemeldet wurde, richtete sich gegen Sinti:zze und Rom:nja.

Vorfallmotive 2022 und 2023

2022 2023



Noch im Vorjahr waren die meisten Vorfälle in Neukölln rassistisch motiviert und machten einen Anteil von 31% aus. Zahlenmäßig wurden 2023 deutlich mehr rassistische Vorfälle als im Jahr davor dokumentiert (2022: 61; 2023: 81), wenngleich sich ein prozentualer Rückgang im Vergleich zu anderen Motiven feststellen lässt.

Auswertung nach Bezirksteilen

In Nord-Neukölln wurden mit 229 die meisten Vorfälle gemeldet, gefolgt von Rudow mit 75 und Gropiusstadt mit 29 Vorfällen. Die Art der Vorfälle variiert jedoch stark je nach Ortsteil.

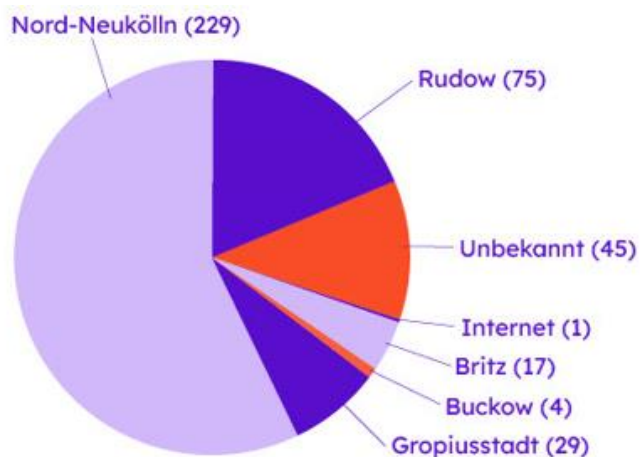
In **Nord-Neukölln** wurden vor allem Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (48), Propaganda (118) und Angriffe (32) gemeldet. Denn es handelt sich um den am dichtesten bewohnten und belebtesten Ortsteil Neuköllns. Neben der vorteilhaften ÖPNV-Anbindung weist Nord-Neukölln eine Vielzahl an dort ansässigen und aktiven Initiativen, Vereinen, Kiez- und Kulturräumen auf.

Rudow hingegen verzeichnete hauptsächlich Propaganda-Vorfälle (71) und lediglich drei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sowie einen Angriff. Das Motiv ist hier meist Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus oder Rechte Selbstdarstellung. Ganz besonders in der Umgebung rund um den Selgenauer Weg im Rudower Osten waren wöchentlich neue Aufkleber, Schmierereien und Graffiti zu finden. Es liegt die Vermutung nah, dass dort Neonazis wohnen und vor ihrer Haustür Propaganda verbreiten.

Gropiusstadt meldete ebenfalls eine hohe Anzahl an Propaganda-Vorfällen (26) und ebenfalls zwei BBP-Vorfälle und einen Angriff. Noch im Vorjahr dokumentierte das Register Neukölln insgesamt neun Vorfälle aus diesem Ortsteil. Zurückzuführen ist der Anstieg u.a. auf den Zugewinn mehrerer aktiver Melder:innen.

Im Ortsteil **Britz** wurden keine Angriffe gemeldet, jedoch vierzehn Fälle von Propaganda und drei Fälle von BBP. In **Buckow** wurden drei Fälle von Propaganda und ein Fall von Sachbeschädigung gemeldet, aber keine Angriffe oder BBP. Die Zahlen verdeutlichen zwar teilweise die regionalen Unterschiede Neuköllns, deuten gleichzeitig auf das weitgehende Fehlen einer aktiven Melder:innenstruktur im Süden hin. Dies bleibt weiterhin eine Herausforderung für die Arbeit der Registerstelle Neukölln.

Vorfälle nach Ortsteilen 2023 (Registerstelle Neukölln)



Propaganda: Mehr Hakenkreuze in verschiedenen Kontexten

Mit 235 Meldungen nahmen Propaganda-Vorfälle (z.B. Graffiti, Sticker, Flugblätter) den größten Teil der gemeldeten Vorfälle ein. Eine Zunahme war hier vor allem in den Bereichen der NS-verherrlichenden und antisemitisch-motivierten Propaganda zu vermerken. Zumeist handelte es sich um verbotene Runen und Hakenkreuze, die vor allem im Süden Neuköllns (Rudow und Gropiusstadt) auftauchten. Ein Vergleich zwischen den Jahren 2022 und 2023 zeigt einen außergewöhnlich hohen Anstieg in Bezug auf Hakenkreuz-Schmierereien im Bezirk Neukölln (2022: 24; 2023: 70; + 192%). Im Ortsteil Nord-Neukölln stieg die Anzahl an gemeldeten Hakenkreuzen von 7 auf 24. Hakenkreuze werden bei den Berliner Registern überwiegend als NS-Verherrlichung kategorisiert. Nach dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurden vermehrt Hakenkreuz-Vorfälle mit einem antisemitischen Motiv identifiziert. Darunter zählen verschiedene Kombinationen von Hakenkreuzen mit Davidsternen und Israel-bezogene Parolen, die mit Hakenkreuzen versehen wurden.

Anstieg antisemitischer Vorfälle

Von den insgesamt 106 antisemitisch motivierten Vorfällen wurden 84 zwischen Oktober und Dezember 2023 dokumentiert. Zumeist handelte es sich um Propaganda, Sachbeschädigungen und Veranstaltungen. Vor allem im Nachgang von Versammlungen im Bezirk Neukölln war ein erhöhtes Aufkommen an antisemitischer Propaganda zu beobachten. Als Innenstadtbezirk mit einer guten Verkehrsanbindung bietet sich der Norden Neuköllns als Veranstaltungs- und Versammlungsort an. Der Hermannplatz zählt beispielsweise zu den beliebten Start- und Endpunkten für Demonstrationsrouten. Auch anlässlich des Krieges zwischen dem israelischen Staat und der Hamas wurden zahlreiche Veranstaltungen in Neukölln abgehalten. Dabei wurden unter anderem Parolen gerufen, die den Tod aller Jüdinnen:Juden oder die Auslöschung des israelischen Staates forderten. Jüdische Menschen fühlten sich im Bezirk zunehmend bedroht und verzichteten beispielsweise darauf, in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen.

Zunahme von Sachbeschädigungen

Während 2022 lediglich 2 Sachbeschädigungen dokumentiert wurden, waren es 19 im Jahr 2023. Bei 13 Vorfällen dieser Art lag ein antisemitisches Motiv vor. So wurden gezielt Gedenktafeln, Stolpersteine oder Orte und Symbole jüdischen Lebens in Neukölln beschädigt, z.B. Vereine und Restaurants.

Besonders viel Aufsehen erregte eine extrem rechte Sachbeschädigung am 8. März 2023, bei der das Denkmal für Burak Bektaş in Buckow mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde. Burak Bektaş wurde am 5. April 2012 im Alter von 22 Jahren vor dem Klinikum Neukölln erschossen, als er mit Freunden zu Fuß unterwegs war. Der Mord wurde bisher nicht aufgeklärt. Angehörige und Freund:innen gehen von einem rechten Tathintergrund aus. Im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum sogenannten Neukölln-Komplex werden die Ermittlungen im Mordfall Bektaş näher beleuchtet.

LGBTIQ*-Feindlichkeit

Die Zahl an dokumentierten LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (2022: 22; 2023: 41). Ein genauer Blick offenbart, dass es sich bei 18 Vorfällen um Angriffe, überwiegend in Nord-Neukölln, handelt. Der hohe Anstieg kann zum einen durch die Rückkehr in den Alltag der Neuköllner:innen nach der Pandemie erklärt werden. Neue Orte für die queere Berliner Szene sind entstanden und sichtbarer im Stadtbild geworden. Dazu kommt eine öffentlich ausgetragene queerfeindliche Stimmung, die solche Vorfälle mindestens begünstigt. Zum anderen fand eine Community-orientierte Vernetzung von Seiten des Registers statt, die zu mehr Meldungen führte

Im August 2023 erregte ein LGBTIQ*-feindlicher Brandanschlag auf den Verein „RuT – Rad und Tat“ (Offene Initiative Lesbischer Frauen e.V.) im Schillerkiez viel Aufmerksamkeit. Das Schaufenster wurde zerstört und laut Angaben der Polizei wurden Flugblätter in den Innenräumen angezündet. Wie sich herausstellte, war der Anschlag auf den Verein Teil einer berlinweiten extrem rechten Angriffsserie. Der Täter hatte in der gleichen Nacht eine Bücherbox am Mahnmahl „Gleis 17“ angezündet und wurde kurz darauf festgenommen. Der Vorfall verdeutlicht, dass Antifeminismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit Bestandteil extrem rechter Ideologien sind und dass queerfeindliche Hetze zu Gewalt führt.

Entwicklung der gemeldeten Vorgänge

Aus der Tabelle geht hervor, wie viele extrem rechte und diskriminierende Vorfälle das Register Neukölln seit Bestehen dokumentiert hat. Eine Zu- bzw. Abnahme von Vorfällen kann jedoch unterschiedlich begründet sein und bedeutet nicht zwangsläufig, dass es zu weniger oder mehr Vorfällen kam. Demnach lohnt sich ein spezifischer Blick unter Einbeziehung des gesellschaftlichen Klimas, um die Zahlen besser einordnen zu können. Die ausführlichen Jahresauswertungen sind auf der Webseite der Berliner Register zu finden.

Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	Gesamt
Vorfälle	400	201	355	236	204	364	269	265	148	127	2569

(Register Neukölln, 2024)

Register Neukölln:
 Register dokumentieren rassistische, antisemitische, LGBTIQ*-feindliche, antiziganistische, extrem rechte, behindertenfeindliche, antifeministische und sozialchauvinistische Vorfälle, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger:innen über verschiedene Wege an das Register geschickt.

Im Bezirk Neukölln wurde das Register im Jahr 2013 aufgebaut und ist seit November 2021 bei Yekmal e.V. (Verein der Eltern aus Kurdistan in Deutschland e.V.) angesiedelt. Das Neuköllner Register erhält Fördermittel des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Register Neukölln - YEKMAL e.V.
 Emser Straße 15, 12051 Berlin
 Telefon: +49 157 392 85 358
register-nk@yekmal.de | www.berliner-register.de

3.3.2 Beitrag der Opferberatungsstelle ReachOut - Antimuslimischer Rassismus und Gewalt in Neukölln

Zahlen von rechter und rassistischer Gewalt in Neukölln:

ReachOut steht seit Projektgründung 2001 in engem Kontakt mit Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt in Neukölln und hat zahlreiche Betroffene aktiv begleitet und unterstützt. Der Neuköllner LINKE-Politiker Ferat Koçak ist hier ein wichtiger Kooperationspartner von ReachOut im andauernden Kampf gegen rechte und rassistische Gewalt und die Erreichung Betroffener im Bezirk. ReachOut beobachtet als Teil der Berliner Zivilgesellschaft die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Neukölln-Komplex, für den sich Betroffene rechter und rassistischer Gewalt, sowie zahlreiche Organisationen und Initiativen stark gemacht hatten. Dabei waren Mitarbeitende des Projekts als Sachverständige geladen.

Die Entwicklung rechter und rassistischer Gewalt und massiver Bedrohung in Neukölln in den Jahren 2023 und 2024 ist anhaltend und zunehmend besorgniserregend. Im Jahr 2023 wurden in ganz Berlin 355 Angriffe von ReachOut registriert. Neukölln stand mit 40 Angriffen auf Platz 3 der Berliner Bezirke mit den meisten Vorfällen. Mit 16 Angriffen hatten dabei mehr als ein Drittel der Vorfälle ein rassistisches Motiv. 5 Angriffe konnten eindeutig als antisemitisch motiviert identifiziert werden, 17 Angriffe wurden aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation verübt und jeweils ein Angriff richtete sich gegen politische Gegner:innen bzw. wohnungslose und sozial benachteiligte Menschen. Auch im Jahr 2024 zeichnete sich früh ab, dass Menschen in Neukölln in besonderem Maße von rechter und rassistischer Gewalt betroffen sind. Dabei spielen erneut sowohl rassistische, als auch LGBTIQ*-feindliche und antisemitische Tatmotivationen eine herausragende Rolle.

Antimuslimischer Rassismus in Neukölln:

Aus unserer Beratungs-, Bildungs- und Netzwerkarbeit wissen wir, dass antimuslimischer Rassismus eine spezifische Realität von Gewaltbetroffenen in Neukölln darstellt. Ein Beispiel aus unserer Chronik:

05.03.2024. Gegen 12.45 Uhr werden zwei 17-jährige Frauen, von denen eine ein Kopftuch trägt, an der Fuldastraße Ecke Donaustraße von einem unbekanntem Radfahrer aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Anschließend spuckt der Mann in Richtung der Jugendlichen, wodurch eine der beiden im Gesicht getroffen wird. (Polizei Berlin, 06.03.2024 | Berliner Zeitung, 06.03.2024)

Obwohl Betroffene und Initiativen das Problem von antimuslimischem Rassismus klar benennen, wird diese spezifische Form der Hassgewalt nicht von allen politischen Akteuren anerkannt. Aus Sicht von ReachOut wird damit die Lebenswirklichkeit der Betroffenen im Bezirk verleugnet, was wir scharf kritisieren.

ReachOut verurteilt in diesem Zusammenhang die Kontrollen von muslimisch gelesenen Schüler:innen auf dem Schulweg durch die Berliner Polizei. Wenn staatliche Institutionen im Bezirk Menschen rassistisch markieren und problematisieren, werten wir das als Ausdruck von institutionellem Rassismus. Auf den Zusammenhang zwischen rassistischen Diskursen und dem Anstieg rechter und rassistischer Gewalt hat ReachOut dabei mehrfach hingewiesen.

Auch die Zunahme von Polizeigewalt im Zusammenhang mit pro-palästinensischen Demonstrationen, von der uns Betroffene und Initiativen berichten, kritisieren wir deutlich. Allein 2023 hat ReachOut in diesem Zusammenhang 52 Betroffene beraten, die von 32 Polizeiangriffen berichteten, 15 davon in Neukölln. Der Bezirk führt diese Angriffsstatistik mit hohem Abstand vor den anderen Berliner Bezirken an.

Für ReachOut bleibt Neukölln einer der Bezirke, in dem Menschen besonders stark rassistischer Kriminalisierung ausgesetzt sind. Neukölln bleibt einer der Bezirke, in dem wir besonders viele Betroffene rechter und rassistischer Gewalt unterstützen. Und Neukölln bleibt auch einer der Bezirke,

in dem wir uns als Projekt rassistischen Diskursen gemeinsam mit Betroffenen und Netzwerkpartner:innen entschieden entgegenstellen.

Um mit einem Gedanken aus unserer Anhörung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex zu schließen: „Politisch Verantwortliche dürfen ihre Rolle, die sie im tagtäglich in Deutschland stattfindenden rassistischen und rechtspopulistischen politischen Diskurs spielen, nicht klein halten. Rassistische Praxen, Durchsuchungen und die Kriminalisierung von Orten – z.B. Treffpunkten, Shishabars, Cafés, die von Migrant:innen, Menschen of Color oder Schwarzen Menschen als sichere Orte gesehen und erlebt werden – haben Folgen. [H]ier (...) sollen von der Politik die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Das wäre der nächste Schritt und ein Beitrag der Berliner Politik, um Menschen vor weiteren Angriffen zu schützen.“

(ReachOut, 2024)

Seit 2001 ist **ReachOut** als Berliner Fachberatung Anlaufstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in Berlin. ReachOut berät auch Angehörige, Freund:innen der Opfer und Zeug:innen eines Angriffs, sowie Betroffene von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

ReachOut bietet außerdem antirassistische und intersektionale Bildungsprogramme an. In der Bildungsarbeit von ReachOut geht es in erster Linie darum, Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt zu empowern, Menschen für die Manifestationen von Rassismus zu sensibilisieren und institutionelle Strukturen zu fördern, die (intersektionale) Formen rassistischer Diskriminierung wirksam konfrontieren. Schließlich dokumentiert ReachOut im Rahmen des Monitorings rechte und rassistische Angriffe in Berlin, und veröffentlicht diese in einer [fortlaufend aktualisierten Chronik](#). Dabei werden auch Bedrohungen und Nötigungen als Angriff definiert und gezählt.

In sämtlichen Bereichen unserer Arbeit steht die Situation und Perspektive der Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt im Mittelpunkt. So ergreifen wir Position für die Betroffenen und stehen parteiisch an deren Seite.

ReachOut
Kopernikusstr. 23 | 10245 Berlin-Friedrichshain
Tel.: 030 / 69 56 83 39
info@reachoutberlin.de | www.reachoutberlin.de

3.3.3 RIAS Berlin – Antisemitische Vorfälle in Neukölln mit rechtsextremem / rechtspopulistischem Hintergrund

RIAS Berlin hat 2023 berlinweit insgesamt 1.270 antisemitischen Vorfälle registriert. 118 Vorfälle ereigneten sich in Berlin-Neukölln. 9 dieser Vorfälle konnte ein rechtsextremer/rechtspopulistischer politisch-weltanschaulicher Hintergrund eindeutig zugeordnet werden.⁶ In den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 wurden bislang 4 Vorfälle aus diesem Spektrum bekannt.

⁶ Eine Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Weil solche Informationen oft fehlen, werden viele antisemitische Vorfälle keinem politisch-weltanschaulichem Hintergrund zugeordnet.

Antisemitismus ist wesentlicher Bestandteil rechtsextremer/rechtspopulistischer Ideologie, das zeigt auch die Kontinuität antisemitischer Vorfälle, die diesem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet wurden.⁷ Im Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 30.06.2024 hat RIAS Berlin 409 antisemitische Vorfälle in Neukölln dokumentiert. Davon konnten 48 Vorfälle einem rechtsextremen/rechtspopulistischen Hintergrund zugeordnet werden (11,7 %). Dies sind anteilig etwas weniger als im berlinweiten Vergleich, wo im selben Zeitraum 15,5 % der Vorfälle diesem Spektrum zugewiesen wurden.

Bei den Vorfällen aus dem rechtsextremen/rechtspopulistischen Spektrum in Neukölln handelt es sich um Vorfälle unterschiedlicher Vorfalltypen. Darunter waren ein Angriff sowie eine gezielte Sachbeschädigung und drei Bedrohungen. Beispielsweise zeigten am 23. Juli 2019 drei Männer zur Begrüßung an einem Späti in Berlin-Neukölln den "Hitlergruß". Als der Zeuge sie darauf ansprach, wurde er von ihnen bedroht. Sie sagten, dass sie Israel nicht anerkennen würden und dass alle Juden getötet werden müssten. Ihrer Meinung nach würde es bald passieren, dass "linke, dreckige Juden wie er" vergast werden würden. Außerdem drohten sie ihm, ihn zu finden. In einem anderen Fall vom 12. Februar 2023 wurde eine Frau an einem S-Bahnhof beleidigt, beschimpft und bedroht. Der Täter äußerte sich in diesem Zuge antisemitisch, rassistisch und transfrauenfeindlich.

Neben diesen Fällen wurden 43 Vorfälle verletzenden Verhaltens verzeichnet. Dazu gehören z.B. Beleidigungen oder Beschimpfungen oder antisemitische Markierungen die in Interaktionen z.B. auf der Straße oder in öffentlichen Grünanlagen von Angesicht zu Angesicht gegenüber Betroffenen geäußert werden. Am 24. August 2020 lief eine israelische Frau, die sich mit ihrem Freund unterhielt, eine Straße entlang. Sie kamen an einer Gruppe von Männern vorbei. Als sie vorbeiliefen, stand einer von ihnen auf und zeigte den „Hitlergruß“. Unter den 43 Vorfällen der Kategorie des verletzenden Verhaltens waren außerdem 11 Schmierereien und 19 Aufkleber. Insbesondere in den Ortsteilen Rudow und Neukölln wurden wiederholt Aufkleber der rechtsextremen Kleinstpartei der III. Weg oder auch von anderen Gruppen aus dem rechtsextremen Spektrum dokumentiert.

Es wurden in Neukölln in dem genannten Zeitraum keine Versammlungen, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam, aus dem Spektrum dokumentiert.

11 Vorfälle ereigneten sich im Wohnumfeld von Betroffenen. In den meisten Fällen handelte es sich um Schmierereien im Hausflur. Dabei wurden zwischen 2022 und 2024 mehrfach sich ähnelnde Schmierereien in Hausfluren entdeckt, die die Ausdrücke „Fuck Jews“, Hakenkreuze sowie andere rechtsextreme Symbole und in einzelnen Fällen auch antisemitische und rassistische Karikaturen beinhalteten. Antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld zu erleben, wirkt auf Betroffene häufig besonders verunsichernd oder gar bedrohlich, da sie den privaten Rückzugsraum verletzen.

⁷ Vgl. zur Auswertung der bundesweiten Vorfälle Bundesverband RIAS e.V.: Rechtsextremismus und Antisemitismus, 2024, online einsehbar unter https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechtsextremismus_Antisemitismus.pdf; zu antisemitischen Artikulationen nach dem 7. Oktober vgl. apabiz/Bundesverband RIAS e.V.: Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik, online einsehbar unter <https://www.apabiz.de/2024/der-arabisch-israelische-konflikt-in-der-rechten-publizistik-teil-1/>.

Seit Januar 2015 existiert beim Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. **die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)**. Zusammen mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen hat RIAS Berlin ein berlinweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

RIAS Berlin ist parteilich und orientiert sich an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen oder der Zeug:innen eines Vorfalls. RIAS Berlin erfasst auch Vorfälle, die nicht angezeigt wurden oder keinen Straftatbestand erfüllen, veröffentlicht diese auf Wunsch der Betroffenen und vermittelt kompetente psychosoziale, juristische, Antidiskriminierungs-, Opfer- oder Prozessberatung. RIAS Berlin ermöglicht Betroffenen und Zeug:innen, die Stärken der Zivilgesellschaft für ihre konkrete Situation zu nutzen: Auf ihren Wunsch hin kann die Zivilgesellschaft die Behörden oder politische und mediale Akteur:innen auf ihre Perspektive aufmerksam machen und Solidarisierungsprozesse anstoßen.

Zentrales Prinzip der Arbeit von RIAS Berlin ist der Vertrauensschutz: Die Betroffenen entscheiden, wie mit ihrer Meldung umgegangen werden soll.

RIAS Berlin c/o VDK e.V.
Postfach 580 350 | 10413 Berlin
Tel: 030 817 985 810
info@rias-berlin.de | www.report-antisemitism.de

4. ENGAGEMENT IM BEZIRK

Der Aktivität rechtsextremer Gruppen wird in Neukölln viel entgegengesetzt. Bürgerinnen und Bürger zeigen Zivilcourage im Alltag und organisieren sich, um für ein lebenswertes Neukölln für alle einzutreten. Engagement gegen Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein fester Bestandteil des politischen und nachbarschaftlichen Lebens in Neukölln. Einigen Gruppen soll deshalb in diesem Bericht der Raum gegeben werden, ihre Aktivitäten vorzustellen. Außerdem geben die Initiativen ihre Analysen der Zustände in Neukölln und ihre zentralen Forderungen für eine effektivere Bekämpfung rechtsextremer Weltanschauungen wieder. Bemerkenswert ist hierbei, dass sich viele Initiativen als direkte Reaktion auf die Angriffe oder das Vordringen rechter Gruppierungen gegründet haben. Dieser Bericht kann das zivilgesellschaftliche Engagement im Bezirk nicht vollumfänglich abbilden und es gibt Gruppen und Projekte, die an dieser Stelle nicht zu Wort kommen. Die aufgeführte Auswahl bildet dennoch verschiedene Schwerpunkte des Engagements ab, die sich in Neukölln etabliert haben. Das „Bündnis Neukölln“ (1) setzt in ihrer Arbeit auf eine breite Vernetzung von lokalen Institutionen und engagierten Bürger:innen, die für ein offenes Neukölln eintreten. Initiativen wie „Hufeisern gegen Rechts“ (2) und „Rudow empört sich“ (3) sind lokal verankerte Nachbarschaftsinitiativen, die sich dem Vordringen rechter Gruppierungen im Süden Neuköllns entgegenstellen. Andere Gruppen fokussieren sich auf die Kritik des strukturellen Rassismus in Berliner Sicherheitsbehörden. Insbesondere die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş (4) und die Britzer Gruppe BASTA (5) üben Druck aus, um die Aufklärung rechtsextremer Taten voranzutreiben. Schließlich stellt auch die Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des NS-Regimes einen Schwerpunkt vieler Initiativen dar, beispielhaft sind hier die Aktivitäten des Vereins VVN-BdA (6) in Neukölln zu nennen. Zuletzt soll die Bedeutung des Engagements von Einzelpersonen betont werden, wie es exemplarisch Irmela Mensah-Schramm betreibt, die in Rudow rechtsextreme Propaganda entfernt⁷.

4.1 „Wir ringen für eine offene Gesellschaft, eine Gesellschaft für alle, die in Neukölln wohnen“ - Das Bündnis Neukölln⁸

Was ist das Bündnis Neukölln?

Das Bündnis Neukölln gibt es schon lange, jetzt seit 15 Jahren. Betroffenheit ist damals ein entscheidender Auslöser für die Gründung gewesen. Auf zwei Brandanschläge auf Wohnhäuser im Blumenviertel in Rudow in dem migrantisch gelesene Personen wohnten, fand die Zivilgesellschaft damals keine Antwort. Aus dieser Not hat sich das Bündnis Neukölln gegründet. Es vereint seither viele Akteure im Bezirk, die sich klar gegen Aktionen von Nazis, Rechten und der AfD positionieren.

⁸ Sebastian vom Bündnis Neukölln, Gespräch geführt von Philon Griesel, 16.10.2024

Bei der Gründung waren damals Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Parteien beteiligt. Heute sind es neben den zivilgesellschaftlichen Organisationen vor allem Einzelpersonen, die die Aktivitäten des Bündnisses vorantreiben. Jeder kann mitmachen. Mit Hilfe von Demonstrationen und Kundgebungen, Veranstaltungen und anderen ‚Diskursinterventionen‘ soll den Nazis ganz konkret der öffentliche Raum genommen werden. So ringt das Bündnis um eine offene Gesellschaft, in der alle Menschen, die in Neukölln wohnen, sicher und gerne leben können.

Wie genau setzt sich das Bündnis für diese Ziele ein?

Bei unseren Treffen sitzen wir zusammen, informieren uns gegenseitig und sprechen über die Lage in Neukölln und planen die Aktivitäten des Bündnisses. Zuletzt waren wir bei einer Infoveranstaltung zur geplanten Geflüchtetenunterkunft am Britzer Garten, die das Bezirksamt und die Ausländerbehörde am 19. September 2024 organisiert hatten. Wir haben eine Kundgebung am Eingang angemeldet, weil wir befürchteten, dass dort Nazis protestieren könnten. Danach haben wir die bei der Kundgebung Anwesenden aufgefordert, an der Bürgerversammlung teilzunehmen, um einer möglichen Meinungshoheit von Gegnern des Asylrechtes und generell rassistischem Geschwätz etwas entgegenzusetzen. Das war tatsächlich ein klassisches Beispiel, wie wir unsere Arbeit verstehen. Wir haben zumindest versucht, den Nazis vor Ort und in der Diskussion den Raum zu nehmen. Im Frühjahr haben wir Flugblätter in der Allerstraße verteilt, weil dort sehr viele Nazi-Schmierereien aufgetaucht waren. Das hat danach tatsächlich aufgehört. Mitunter hilft es, die Aufmerksamkeit der Menschen auf die Rechten zu lenken. Und wir mobilisieren natürlich zu verschiedenen Anlässen, beispielsweise in Solidarität mit dem RuT, dem Frauencafé in der Schillerpromenade, auf das ein Brandanschlag verübt wurde.

Ihr vereint als Bündnis viele Akteure, die sich mit dem Thema beschäftigen. Wie schätzt ihr denn aus eurer Perspektive die aktuelle Lage in Neukölln ein?

In Neukölln haben wir seit 40 Jahren aktive militante Neonazis. Immer unter unterschiedlichen Namen, heute nennen sie sich „Der III. Weg“. Was die Situation in Neukölln ausmacht, ist dass diese Neonazis eingebunden und vernetzt sind in ein rechtes bürgerliches Milieu, besonders in AfD-Strukturen. Es gibt in Neukölln ein Milieu, in dem Nazis, Fußball-Hooligans, AfD'ler bis hin zu konservativen Akteuren zusammenkommen. Das ist etwas, was Neukölln und insbesondere Süd-Neukölln weithin auszeichnet. Angesichts dieser Entwicklung und der politischen Stärke der AfD haben wir uns vorgenommen, dort präsenter zu sein und antifaschistische und antirassistische Strukturen in Süd-Neukölln zu stärken. Damit haben wir dieses Jahr mit dem Festival Offenes Neukölln begonnen, dessen zentrale Veranstaltung im September 2024 in der Stadtvilla Global in der Nähe der Johannisthaler Chaussee stattgefunden hat. Es ist großartig, dass wir dieses Jahr wieder hinbekommen haben, das Festival zu organisieren, nachdem es zwei Jahre nicht stattgefunden hat.

Könnt ihr eine Entwicklung beobachten, was das Engagement gegen Rechtsextremismus angeht?

Ich würde sagen, dass die Vernetzung innerhalb der engagierten Zivilgesellschaft in Neukölln gut funktioniert, aber es sind einfach zu wenige. Seit Corona sind wir leider nicht mehr Aktive geworden. Im Januar, als es die großen Demonstrationen gegen die AfD gab, haben wir ein paar Aktive gewonnen. Aber unsere Mobilisierungsfähigkeit ist zurückgegangen. Wenn wir vor zwei Jahren gerufen haben, sind 300 oder 400 Leute auf die Straße gekommen, und jetzt sind es 40. Das ist der Unterschied. Ich habe den Eindruck, dass die Auseinandersetzung mit den Kriegen in der Welt die Menschen lähmt. Viele haben das Gefühl, dass man im Moment politisch viel falsch machen kann. Gleichzeitig haben wir die erschreckenden AfD-Wahlergebnisse und eine Regierungspolitik, die plötzlich die Migration als gesellschaftliches Hauptproblem entdeckt. Das erscheint alles so übermächtig. Trotzdem ist Engagement immer noch und gerade jetzt unglaublich wichtig, um zum Beispiel das Recht auf Asyl zu verteidigen. Wir freuen uns deshalb über jede Person, die sich uns anschließt und sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 18:30 bei uns einfindet.

Wieviel Unterstützung erfahrt ihr für euer Engagement seitens des Bezirks?

Die Zusammenarbeit mit Institutionen, sei es Bezirksamt, Parteien, Kirchen usw. hängt stark davon ab, mit wem man es da gerade zu tun hat. Es geht immer darum, dass man die Sachen schwer machen kann oder einfach. Häufig funktioniert das alles gut und reibungslos. Manchmal habe ich aber schon das Gefühl, dass die Leute Angst vor kritischen Nachfragen haben, wer da jetzt eigentlich tatsächlich als Bündnis Neukölln auftritt und ob das nicht doch irgendwie linksextremistisch sein könnte. Ich finde dieses Misstrauen befremdlich, weil wir als politischer Akteur in Neukölln seit langem etabliert sind. Manchmal würde man sich ein bisschen mehr Haltung, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein wünschen, was den Umgang mit irgendwelchen Klagen von beispielsweise der AfD angeht.

Im **Bündnis Neukölln** engagieren und vernetzen sich zahlreiche Neuköllner*innen für Demokratie, Respekt und Vielfalt und gegen Ausgrenzung und Rassismus. Im Jahr 2018 fanden zusätzlich zu den monatlichen Bündnistreffen regelmäßige Treffen der Aktionsgruppe „Aufstehen gegen Rassismus“, der AG Wohnungssuche (die sich um Wohnraum für geflüchtete Menschen bemüht) sowie des Organisationsteams von „Offenes Neukölln“ statt. Das Bündnis ist ein breiter Zusammenschluss von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Parteien, Kirchen, Organisationen und Einzelpersonen.

Bündnis Neukölln

info@buendnis-neukoelln.de | presse@buendnis-neukoelln.de

www.buendnis-neukoelln.de

4.2 Gegen das Vordringen Rechter in unsere Nachbarschaft - Anwohner:inneninitiative „Hufeisern gegen Rechts“

Wir sind ein Zusammenschluss von Bewohner:innen der Hufeisen- und Krugpfuhsiedlung, der sich gegen rechte Gewalt und Ideologie wendet und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen eintritt. Unser Engagement sehen wir in der humanistischen Tradition der Siedlungen, deren Entstehung eng mit dem Kampf um eine sozial gerechte und lebenswerte Gesellschaft in Verbindung steht. Unsere Aktivitäten richten sich in erster Linie an unsere Nachbar:innen, die Bewohner:innen. In all diesen Aktivitäten bemühen wir uns, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen - ohne das Trennende zu übersehen.

Diese Grundsätze standen schon Pate bei der Gründung der Initiative im Herbst 2012. Sie war eine Reaktion auf die Anschläge von Rechtsextremisten auf eine Anwohnerfamilie der Hufeisensiedlung, auf tätliche Angriffe mit Verletzungsfolgen auf Personen in der Parchimer- und Fritz-Reuter-Allee sowie die Beschmutzung von Hauswänden und öffentlichen Einrichtungen (Schaltkästen, Laternenmasten, Straßenschildern usw.) mit rassistischen Parolen und faschistischen Symbolen.

Seitdem arbeiten wir an der Verteidigung des öffentlichen Raumes gegen das Vordringen rechter Parteien und ihres Umfeldes. Dazu gehören zum einen die Organisation von Solidarität mit angegriffenen Personen und von Protest gegen rechte Aktivitäten, zum anderen aber auch die Initiierung von und die Beteiligung an demokratischen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen.

Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten in den Jahren 2023 und 2024 standen drei Themenfelder:

- a) Solidarität gegen rechte Angriffe organisieren,
- b) der aktuell verstärkt auftretende Antisemitismus,
- c) die Auseinandersetzung mit dem rechten Geschichtsrevisionismus anhand erinnerungspolitischer Themen aus dem Umfeld der Siedlungen.

Zu a): In dem Zeitraum 2023 und 2024 wurden mehrere größere Aktionen von der rechten Szene in unserem Umfeld durchgeführt. Zu nennen sind vor allem die großflächigen Schmierereien auf den Schulhöfen und Wandflächen der Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule (FKS) und des Albert-Einstein-Gymnasiums im März 2023 und die Zerstörung der Gedenktafel für das ehemalige Zwangsarbeiterlager in der Onkel-Bräsig-Str. im Februar 2024.

Im ersteren Fall haben wir mit der FKS zu einer Protestveranstaltung an der Hufeisentreppe aufgerufen, an der ca. 200 Anwohner:innen teilgenommen haben. Im Herbst haben wir in der Schule eine Veranstaltung zum Thema „Rechter Kulturkampf an unseren Schulen - die Demokratie ist gefordert!“ durchgeführt.

Im zweiten Fall haben wir die Öffentlichkeit über die Tat und die dahinterstehenden Motive informiert und zu einer Spendenunterstützung für den Ersatz der Tafel aufgerufen. Daneben gab es weitere rechte Aktivitäten, auf die wir reagiert haben, sei es, dass wir Aufkleber und rassistische

Schmierereien entfernt haben, sei es, dass wir mit eigenen Informationsblättern auf rechtes Propagandamaterial reagiert haben, das in unserem Wohnumfeld verteilt worden ist. Dies betraf vor allem die AfD und den „III. Weg“.

Solidarität gegen rechte Angriffe organisieren heißt für uns jedoch nicht nur auf Attacken zu reagieren. Es geht auch um die öffentliche Präsenz einer gemeinsamen demokratischen Gemeinschaft verschiedener Einrichtungen und Organisationen. So haben wir sowohl für die Abgeordnetenhauswahl 2023 als auch zur Europawahl 2024 eine gemeinsame Plakataktion initiiert, mit der Schulen und andere Vereine und Verbände, die in unseren Siedlungen eine Rolle spielen, sich gegen Nationalismus und Rassismus als politische Ideologie wenden.

Zu b): Auf den bemerkbar verstärkt auftretenden Antisemitismus haben wir mit mehreren Veranstaltungen reagiert. Wir haben unser jährliches Erich-Mühsam-Gedenken 2023 unter den Themenschwerpunkt von Mühsams Verhältnis zum Judentum gestellt. Mit dem Film „...und der Regen rinnt“ und der anschließenden Diskussion mit einem Vertreter der Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ wurde im Februar 2024 die Frage thematisiert, wie ohne Zeitzeugen heutzutage eine Vermittlung der Shoa gerade unter Jugendlichen in der Kombination von Fakten und emotionaler Anteilnahme gelingen kann.

Zu c): Im April 2023 ist nach zweijährigem Bemühen eine Gedenktafel am Standort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers in der Hufeisensiedlung aufgestellt worden, zu deren Errichtung wir in der Siedlung Geld gesammelt hatten. Zur Geschichte des Lagers haben wir eine Broschüre veröffentlicht. Darüber hinaus haben wir in den letzten beiden Jahren drei weitere Broschüren über Bewohner:innen der Hufeisensiedlung herausgegeben, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet worden sind und an die u. a. mit Stolpersteinen erinnert wird. Es wurden mehrere Rundgänge „Gegen das Vergessen“ zu Orten nationalsozialistischen Terrors und antifaschistischen Widerstands in der Hufeisensiedlung durchgeführt. Zu einer Lesung haben wir die Schriftstellerin Ina Paul eingeladen, die anhand einiger Erzählungen Erlebnisse ihrer Kindheit und Jugendzeit während des Kriegsendes und der Nachkriegszeit als Tochter eines Antifaschisten vermittelte.

(Hufeisern gegen Rechts, 2024)

„Hufeisern gegen Rechts“ ist ein Zusammenschluss von Bewohner:innen der Hufeisen- und Krugpfuhlsiedlung, der sich gegen rechte Gewalt und Ideologie wendet und für demokratische Toleranz und ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen aus verschiedenen Kulturen und mit unterschiedlichen Lebensentwürfen eintritt. Zur Arbeit der Initiative gehören die Organisation von Solidarität mit angegriffenen Personen, Protest gegen rechte Aktivitäten und die Initiierung von und die Beteiligung an demokratischen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen.

Hufeisern gegen Rechts
hufeisern@posteo.de
www.hufeiserngegenrechts.de

4.3 Gemeinsam für Respekt und Vielfalt – Rudow empört sich.

Am Anfang stand die Empörung, die dann auch namensgebend für die Initiative wurde: Empörung über die Neuköllner Anschlagsserie, das ungehinderte Agieren von Neonazis im Süden Neuköllns, insbesondere in Rudow, und die Unfähigkeit und mangelnde Tatkraft der Sicherheitsbehörden, sich dem rechten Terror gegen zivilgesellschaftlich Engagierte anzunehmen.

Initiator war der Rudower Buchhändler Heinz Ostermann, der von rechten Anschlägen gleich viermal betroffen war. Andere, ebenfalls von Brandanschlägen betroffene Rudower:innen, Rudower Institutionen und Organisationen wurden im Frühjahr 2018 in die Buchhandlung zum Austausch eingeladen. Aus dieser Zusammenkunft entstand „Rudow empört sich“ (RES).

Die Initiative wird getragen vom Kulturverein Alte Dorfschule Rudow, zwei evangelischen Kirchengemeinden, dem Rudower Institut für Islamische Information, den Rudower Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist:innen, Katholiken und zahlreichen Einzelpersonen. Ziel der Initiative ist es unabhängig von Parteipolitik, dem rechten Zeitgeist entgegenzutreten, Mut zu machen für ein couragiertes Auftreten für Verständigung und Toleranz, aufzuklären über die rechten Umtriebe in Rudow und die Geschehnisse rund um den Neukölln-Komplex kritisch zu begleiten.

Die erste Aktion im Frühjahr 2018 war eine Postkartenaktion. 5.000 Karten schickten die Rudowerinnen und Rudower an den damaligen Innensenator Andreas Geisel und empörten sich über die von Nazis heraufbeschworene, auch Leib und Leben gefährdende Situation in Rudow und die Ergebnislosigkeit der Polizeiarbeit. 5.000 Postkarten, die ohne Antwort blieben!

Seit 2018 wirbt RES mit gänzlich unterschiedlichen Aktivitäten für Respekt und gegenseitige Toleranz in Rudow.

Zum von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März ruft RES jedes Jahr zu einer Demonstration mit Kundgebung nach Rudow auf. Diesem Aufruf, der von zahlreichen Organisationen aus ganz Neukölln unterstützt wird, folgen regelmäßig 300 bis 400 Menschen.

Im Frühherbst 2018 hat RES zur 1. Offenen Tafel Alt-Rudow vor die Alte Dorfschule eingeladen. Weit über 100 Rudower:innen kamen, brachten selbstgefertigte Gerichte mit und nutzten die Möglichkeit, in Austausch miteinander zu treten. Im Mai 2019 organisierte RES ein Musikfest für Respekt und Vielfalt. Weitere Offene Tafeln folgten, zuletzt vor der EU-Wahl im Juni 2024 zur Mobilisierung für demokratische Wahlentscheidungen.

Als während Corona gemeinsames Essen nicht möglich war, wurde die Idee zu Open-Air-Filmabenden geboren. Diese finden seitdem jeweils Anfang September im Hof der Alten Dorfschule Rudow statt. Die Themen der Filme sind weit gefächert: die vielfach tödlichen Fluchtbewegungen über das Mittelmeer in „Eldorado“, die deutsche Abschiebungspraxis in „Deportation Class“, die Hinterbliebenen der NSU-Opfer in „Spuren – Die Opfer des NSU“, der Rassismus nicht nur im Fußball in „Schwarze Adler“ und die Abkehr von der AfD in „Wir waren in der AfD – Aussteiger berichten“.

Das Thema Fußball stand auch im Zentrum der von RES Mitte 2022 organisierten Ausstellung „Kicker, Kämpfer und Legenden. Juden im deutschen Fußball“. Die Ausstellung begleitete das vom TSV Rudow und Grün-Weiß Berlin organisierte Internationale Jugendfußballturnier. Eine weitere Ausstellung wurde im März 2023 zusammen mit den Künstlerinnen Cornelia Schlemmer und Stefanie Trambow in Rudow gezeigt: „Ankommen in Deutschland, Afghanistan im Herzen. Lebensskizzen einer Familie“.

Im Rahmen der 650-Jahr-Feier Rudows hat RES im Juni 2023 zu einer antifaschistischen Fahrradtour mit dem Titel „Brennpunkte Rudower Geschichte. Von der NS-Zeit bis heute“ geladen. Dabei ging es u.a. um die Nazifizierung der Evangelischen Kirchengemeinde, die Zwangsarbeit im Rudower Eternitwerk, die Geschichte von Heinrich Stahl, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin von 1933-40, und den Widerstand von Rudower Mitgliedern der Roten Kapelle. Aufgesucht wurde auch der von RES zusammen mit Schüler:innen der Otto-Hahn-Schule initiierte erste Stolperstein in Rudow. Gewidmet ist er Otto Laube, der wegen seiner Kriegsgegnerschaft hingerichtet wurde. Im Rahmen der Fahrradtour wurden erstmalig systematisch NS-Geschichte und Orte des Erinnerns und Gedenkens in Rudow zusammengetragen. Dokumentiert wurde dies in einer Broschüre und die Fahrradtour Ende Juni 2024 mit weiteren Stationen neu aufgelegt.

Von vielem mehr wäre zu berichten, wie der Beseitigung von Nazi-Schmierereien und -Aufklebern, der Mitarbeit in dem Neuköllner Demokratieprojekt „Partnerschaft für Demokratie“, schulischem Engagement usw. Anfang 2024 wurde RES mit dem Engagementpreis des „Verbandes für gesellschaftliches Engagement“ ausgezeichnet. Die Freude war groß und der Ansporn auf dem beschrifteten Weg weiterzugehen steht dem in nichts nach. Denn die Bedrohungssituation in Rudow ist weiter akut. Beim Flyerverteilen von RES wurde dieses Jahr der Hitlergruß gezeigt und sich für den „Führer“ ausgesprochen. Jung-Nazis versuchten unsere Menschenkette im März zu stören.

(Rudow empört sich, 2024)

Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt ist auf Facebook und Instagram vertreten. Für alle, die mitmachen wollen, ist der Anlaufpunkt die Buchhandlung Leporello in Rudow.

Rudow empört sich
www.facebook.com/RudowEmpoertSich/
Instagram: @rudow_empoert_sich

4.4. VVN-VdA / Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.

Die VVN-VdA hat in Neukölln als Schwerpunkt das Erinnern an Werner Seelenbinder, der mit Neukölln über seine sportliche Laufbahn verbunden ist und sein Grab als Widerstandskämpfer gegen die Faschisten seit Juli 1945 im Sportpark hat, der seinen Namen trägt. Das Wissen über Werner Seelenbinder wachzuhalten, ist für uns eine vorwärts gerichtete Aufgabe. Es geht nicht einfach um Erinnerungsarbeit, gerade in den jetzigen Zeiten kann seine Geschichte Inspiration für den aktuell so notwendigen Kampf gegen das Erstarken der Faschisten sein.

Wir veranstalten jedes Jahr zum Todestag von Werner Seelenbinder eine Kundgebung an seinem Grab. Seit August 2023 haben wir in Absprache mit dem Bezirksamt die Grabpflege übernommen.⁹ 2024 haben wir aus Anlass seines 80. Geburtstags und 120. Todestags u.a. eine Ausstellung in der Helene-Nathan-Bibliothek und ein Ringer:innen-Jugend-Gedenktturnier organisiert. 2024 wurden auch endlich die Gedenktafeln für W. Seelenbinder am Eingang des Sportparks in einer ersten, einfachen Umsetzung montiert, die 2017 von der BVV Neukölln beschlossen wurden und für die wir uns sehr eingesetzt haben. Für die kommende nachhaltige Ausführung der Gedenktafeln mit verlinkten weiteren Informationsmöglichkeiten läuft eine Spendensammlung.

Zweiter Schwerpunkt ist für die VVN-VdA in Neukölln die Arbeit zur faschistischen Terrorserie in Neukölln, die aktuell 2009 begann, und zu den Versäumnissen der Sicherheitsbehörden bei deren Nicht-Aufklärung. Wir arbeiten dabei mit Betroffenen und anderen Initiativen bei der kritischen Begleitung des parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Neukölln II“ zusammen.

Zu den Ausschuss-Sitzungen werden regelmäßig Kundgebungen organisiert. Damit soll der öffentliche Druck, der dafür gesorgt hat, dass der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, aufrechterhalten werden. Bei der Beobachtung des Ausschusses haben auch wir den Eindruck, dass genau dieses Bewusstsein, dieses Verständnis und dieses Wissen der Mehrheit der Abgeordneten fehlt.

Wir fordern, dass der PUA zum Neukölln-Komplex nach der Wahl 2026 erneut eingesetzt wird. Das Polizeiversagen darf nicht unter den parlamentarischen Teppich gekehrt werden. Aufklärung, genaue Untersuchung brauchen Zeit, Engagement und Akteneinsicht!

⁹ Siehe: <https://vvn-vda.de/>, sowie <https://vvn-vda.de/30339-2/> und <https://vvn-vda.de/werner-seelenbinder-jahr-2024>

Die VVN-VdA e.V. - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten - ist hervorgegangen aus der Westberliner VVN und gehört heute als Kreisorganisation der Berliner VVN-BdA an.

Die VVN-VdA ist eine parteiübergreifende Organisation mit einer klaren Richtschnur, dem Schwur von Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

VVN-VdA e.V.
info@vvn-vda.de
<https://vvn-vda.de/>

4.5 Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

„Sie werden unsere Stimmen hörbar machen, das ist unsere Hoffnung.“, so Melek Bektaş, die Mutter des ermordeten Burak Bektaş, auf dem Tribunal zum NSU-Komplex im Mai 2017 in Köln

In der Nacht des 5. April 2012 wurde Burak Bektaş in Neukölln auf offener Straße kaltblütig erschossen. Burak befand sich gemeinsam mit vier Freunden auf der Rudower Straße gegenüber vom Krankenhaus Neukölln. Plötzlich kam ein weißer Mann auf die Gruppe zu, schoss auf die jungen Männer und ging weg. Zwei der Angeschossenen überlebten die lebensgefährlichen Verletzungen. Burak jedoch starb.

Ein halbes Jahr nach der „Selbstenttarnung“ des NSU lag die Vermutung nahe, dass es sich bei dem Mord um eine Nachahmungstat nach dem Muster der NSU-Morde handeln könnte. Eine Konsequenz aus den Erfahrungen zum Umgang mit betroffenen Familien und Überlebenden der NSU-Morde musste daher sein, die Familie Bektaş nicht alleine zu lassen, sondern sie zu unterstützen, um ihre Stimmen hörbar werden zu lassen.

Die Demonstration im Jahr 2006 in Kassel, in der „Kein 10. Opfer“ gefordert wurde, steht zudem für das, was heute als migrantisches Wissen bezeichnet wird. Die Familien der Opfer des NSU erkannten die Verbindung schon lange, bevor alle anderen - auch wir - den NSU nach seiner „Selbstenttarnung“ wahrgenommen haben. Gehört wurden sie nicht.

Im Sommer 2012 gründete sich vor diesem Hintergrund die „Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş“. Ihre wichtigsten Aufgaben sind:

1. die Aufklärung des Mordes
2. das selbstbestimmte Erinnern an den Mord und die Errichtung eines Gedenkortes
3. die Vernetzung mit anderen Betroffeneninitiativen.

Aktuell konzentriert sich unsere Arbeit auf die kritische Beobachtung des 2022 auf Druck der Betroffenen eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die bundesweite Vernetzung der Betroffeneninitiativen.

Im Untersuchungsausschuss ist jetzt schon deutlich geworden, dass die Ermittlungsbehörden und der Verfassungsschutz keine Konsequenzen aus dem offensichtlichen Versagen in den desaströsen Ermittlungen im NSU-Komplex gezogen haben. Es wird mit diesem Personal keine Ermittlungsergebnisse geben.

Daher setzt sich die Initiative für die Forderung nach radikaler Reduktion des Polizeiapparates ein. Es ist offensichtlich geworden, dass alle Arbeit in Bezug auf Aufklärung aller Straftaten, die zum Neukölln-Komplex gezählt werden, sinnlos war. Im Fall der Untersuchungen zum Mord an Burak stellte sich heraus, dass die Ermittlungen chaotisch, halbherzig, schlecht dokumentiert und über Jahre von der Staatsanwaltschaft unkontrolliert waren.

Die Abschaffung des Verfassungsschutzes muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Alle Aussagen im Untersuchungsausschuss belegen, dass diese Institution keinen Beitrag zur Aufklärung des Neukölln-Komplexes geleistet hat oder je leisten wird.

Das sinnlose Sammeln von Informationen, die weder ausgewertet noch für die Verhinderung oder Aufklärung von rechtsextremen Straftaten nützlich eingesetzt werden, kann eingestellt werden.

(Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, 2024)

Die Initiative versteht sich als eine Plattform - in der sowohl Familie und Freundeskreis von Burak, antirassistische Gruppen, politische Künstlerinnen und Künstler, Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Kollektiven und Zusammenhängen in Neukölln, Leute aus der Nachbarschaft und engagierte Personen die im Stadtteil leben, Personen aus der Jugendarbeit, der Opferberatung und der Recherche zu Neonazis - gemeinsam an einen Tisch kommen, um miteinander zu sprechen, sich zuzuhören und aktiv zu werden.

Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş
burak-initiative@web.de | www.burak.blogsport.de

4.6 Wir haben genug. Britzer Bürger:innen fordern Aufklärung rechter Straftaten - Bürgerinitiative BASTA¹⁰

Seit März 2019 steht eine Gruppe von engagierten Bürger:innen jeden Donnerstag ab 8:30 Uhr vor dem Landeskriminalamt Berlin am Tempelhofer Damm. Über 270 Mal haben sich die Mitglieder der Initiative BASTA dort seitdem bereits getroffen, um mit Transparenten und Flyern auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Die zentralen Forderungen sind die Aufklärung der rechtsextremen Anschläge in Neukölln-Britz und die Einstufung dieser Straftaten als rechter Terror. Darüber hinaus prangert die Initiative die seit 2019 unveränderten Missstände in den deutschen Sicherheitsbehörden an, wenn es darum geht, rechtsextreme und rassistische Gewalttaten

¹⁰ Roswitha Barkat von BASTA - Gesprächsprotokoll von Philon Griesel, 19.09.2024

aufzuklären oder rechtsterroristische Strukturen im Staats- und Verfassungsschutz offenzulegen und zu bekämpfen.

Gegründet hat sich die Initiative als Reaktion auf ein stetiges Vordringen der Neonazi-Szene im Süden von Neukölln. Mehrere Engagierte in der Gruppe wurden Opfer von Anfeindungen und rechtsextremer Gewalt. Die nachbarschaftliche Solidarität in Gruppen wie "Hufeisern gegen Rechts" sollte der wachsenden rechtsextremen Präsenz in Britz etwas entgegensetzen. Gleichzeitig wuchs die Frustration über die Polizei im Umgang mit diesen Vorfällen rechtsextremer Gewalt und Propaganda. Diebstähle von Stolpersteinen oder eingeworfene Scheiben wurden als Sachbeschädigung ohne politischen Hintergrund behandelt, ein eindeutiges Symptom mangelnder Sensibilisierung gegenüber der Gefahr des Rechtsextremismus. Ein Teil der Anwohner:innen verlegte daraufhin den Fokus ihres Engagements auf die Kritik der Sicherheitsbehörden. BASTA appelliert an den Staat, in der Bekämpfung von Rechtsextremismus Verantwortung zu übernehmen und die Zivilgesellschaft mit dieser Arbeit nicht alleine zu lassen.

Neben der Aktionsform der wöchentlichen Kundgebung vor dem LKA, konfrontiert die Initiative verschiedene Entscheidungsträger:innen der Berliner Verwaltung mit offenen Briefen und Dienstaufsichtsbeschwerden. So schickte die Initiative mehrmals Fragenkataloge zu laufenden Ermittlungen unter anderem an die Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik und Innensenatorin Iris Spranger – bisher ohne befriedigende Antworten zu bekommen. Außerdem verfolgt die Initiative die staatliche Aufarbeitung der Ermittlungen im Rahmen des Neukölln-Komplexes im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, in welchem Mitglieder der Initiative als Betroffene zu Wort kamen. Dennoch zweifelt die Initiative an der Effektivität dieser Form der staatlichen Aufarbeitung der behördlichen Verstrickungen in die Anschlagsserie und kritisiert eine mangelnde Transparenz. Auch die Aktivitäten auf Bezirksebene nimmt die Initiative in den Blick. In der Vergangenheit besuchten Engagierte die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung und beobachteten das Wahlverhalten der vertretenen Parteien.

In der Zeit der wiederkehrenden Kundgebungen vor dem LKA und der Aktivität von BASTA hat die Resonanz seitens der Polizei stark variiert – von vereinzelt Gesprächsangeboten bis zu Anfeindungen durch einzelne Beamte. Bewegt hat sich in den Sicherheitsbehörden in Berlin und ihren Strukturen seither wenig. BASTA wird weiterhin donnerstags vor dem LKA protestieren und lädt alle Engagierten ein sich der Initiative anzuschließen.

Die Initiative BASTA wurde im März 2018 in der Hufeisensiedlung in Britz von einer Gruppe von Bürger:innen gegründet. Unser Ziel ist die Aufklärung der Anschläge mit rechtem politischem Hintergrund im Bezirk Berlin-Neukölln.

Jeden Donnerstag demonstriert BASTA um 8:30 Uhr vor dem Landeskriminalamt Berlin am Tempelhofer Damm 12.

basta-britz@posteo.de

www.basta-britz.de

4.7. „Mit Hass-Schmierereien fängt es an“ - Das Engagement von Irmela Mensah-Schramm¹¹

Frau Mensah-Schramm, Sie entfernen seit über 30 Jahren in Berlin und überall, wo sie Ihnen begegnet, rechtsextreme Propaganda - Graffiti mit Hakenkreuzen und NS-Symbolen und Sticker von rechten Organisationen. Warum halten Sie gerade diese Arbeit für so wichtig?

Es geht mir darum, rechtsextreme Gesinnungen im Alltag zu bekämpfen. Mit Hass-Botschaften und Schmierereien fängt es an. Sie normalisieren menschenfeindliche Einstellungen. Diese Botschaften müssen aus dem öffentlichen Raum verschwinden, damit sie nicht in den Köpfen ankommen. Davon bin ich überzeugt.

Außerdem bedrücken mich diese rassistischen und antisemitischen Sticker. Wenn ich einen sehe, muss er verschwinden. Ich möchte Nazis in meiner Nachbarschaft diese Räume nicht einfach ohne Widerstand überlassen.

Das, was ich mache, sollte kein Kampf der politischen Ränder sein, sondern ein Anliegen der Mitte der Gesellschaft. Jeder kann gegen diese Form des Auftretens von Nazis in seiner Nachbarschaft aktiv werden. Ich würde mir wünschen, dass mehr Menschen aufmerksam wären und ein Bewusstsein für die Effekte von Nazi-Symbolik und Propaganda entwickeln würden.

Das Register Neukölln hat in diesem Bericht für das Jahr 2023 eine besonders hohe Anzahl an Propaganda-Vorfällen in Rudow verzeichnet. Auch Sie sind regelmäßig in Rudow und dokumentieren ihre Arbeit in dem Bezirk. Warum kommen Sie immer wieder nach Neukölln?

Mich hatte vor Jahren eine Kollegin, die in Rudow wohnte, auf die dramatische Situation in dem Viertel hingewiesen. Daraufhin bin ich mit meiner Ausstattung - Schaber, Spraydose und Nagellackentferner dort hingefahren, um mir ein Bild zu machen. Ich war damals schockiert. Obwohl die Gegend eigentlich einen harmlosen Eindruck macht, habe ich dort so viel rechtsextreme Propaganda gefunden wie sonst nirgendwo in Berlin. Deswegen bin ich seitdem immer wieder zurückgekommen.

Und wie schätzen Sie die Lage in Rudow heutzutage und die Entwicklung der letzten Jahre ein?

Ich laufe seit Jahren immer dieselbe Route, wenn ich nach Rudow komme. Immer den Selgenauer Weg entlang. Deshalb kann ich gewisse Entwicklungen relativ gut beobachten. Auch weil ich alles, was ich entferne, fotografiere, dokumentiere und beim Register oder der Polizei melde. 2023 habe ich dort 166 Symbole entfernt, 120 davon waren Hakenkreuze.

Insgesamt variiert die Aktivität der Nazis in Rudow, es wird mehr und dann wird es wieder ein bisschen weniger. Das liegt oft an einzelnen Personen, die beispielsweise wegziehen. Aber ich merke auch, dass immer wieder neue Generationen nachkommen. Diese dauerhafte Präsenz von Hass-Botschaften hängt also an wenigen, sehr aktiven Leuten, denen man etwas entgegensetzen muss. Auch inhaltlich entwickeln sich die Symbole, die mir begegnen. In der Menge und in den veränderten Botschaften sieht man Reaktionen auf aktuelle gesellschaftliche Debatten oder politische

¹¹ Gespräch geführt von Philon Griesel, 12.09.2024

Ereignisse, 2015 war dieses Phänomen besonders zu beobachten. Zurzeit habe ich den Eindruck, dass besonders der III. Weg immer stärkere Präsenz zeigt in Süd-Neukölln. Eine spürbare Reaktion auf das aktuelle gesellschaftliche Klima, den Aufschwung der AfD und die verschärfte Debatte zur Migrationspolitik habe ich bis jetzt trotzdem noch nicht bemerkt. Vielleicht kommt das in den kommenden Wochen noch.

Wie werden ihre Rundgänge aufgenommen? Auf welche Reaktionen stoßen Sie beispielsweise bei Anwohner:innen?

Zuallererst bekomme ich sehr viel mediale Aufmerksamkeit. Politiker und Journalisten begleiten mich auf meiner Tour durch Rudow und ich habe auch schon verschiedene Preise für mein Engagement bekommen. Anerkennung bestärkt mich, aber das reicht nicht aus. Das ist keine Hilfe gegen die Anfeindungen, die ich in Rudow aushalten muss. Die Nazis kennen mich persönlich, konfrontieren mich oder bedrohen mich mit Graffiti wie „Schramm raus“. Ich bin 79 Jahre alt und mache das jetzt seit 1986 und das schüchtert mich nicht mehr ein. Dennoch sollte es nicht gefährlich sein, ein Hakenkreuz von einer Bushaltestelle zu entfernen. Umso mehr freue ich mich über den Zuspruch, den ich vor Ort auch bekomme. Erst letzte Woche habe ich mich lange mit einer Anwohnerin unterhalten, die mich während meines Rundganges erkannt hat. Dieser Zusammenhalt ist wichtig im Kampf gegen den Faschismus.

5. MAßNAHMEN DES BEZIRKSAMTES

Das Bezirksamt Neukölln ist sich der Problemlagen in Neukölln bewusst und nimmt die Prävention und die Bekämpfung von Rechtsextremismus sehr ernst. Eine originäre Zuständigkeit für rechtsextreme Vorfälle besteht auf Ebene des Bezirks nicht, sondern das Bezirksamt kooperiert dazu mit den zuständigen Behörden. Jedoch stellt sich das Bezirksamt strategisch auf und wird präventiv tätig, um demokratische Grundwerte zu stärken und Phänomenen wie rechtsextremen Ideologien etwas entgegenzusetzen. Die verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes beschäftigen sich innerhalb ihrer Aufgabenbereiche kontinuierlich mit dem Themenkomplex der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und sind in ihrer alltäglichen Arbeit im Austausch mit Akteuren wie der Polizei, NGOs, Melde- und Opferberatungsstellen sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bezirk. Der Rechtsextremismusbericht zeigt Schwerpunkte auf, die als Orientierung für zukünftige Maßnahmen des Bezirksamtes dienen können. Beispielhaft sollen im Folgenden einige Aktivitäten und Themenschwerpunkte der Arbeit gegen Rechtsextremismus aus dem Jahr 2023 und darüber hinaus hervorgehoben werden. Es gilt zu berücksichtigen, dass dieses Thema nicht alle Teile der Verwaltung unmittelbar bzw. gleichermaßen betrifft.

Mit der Stärkung migrantischer Organisationen und Akteure leistet das Bezirksamt einen großen Beitrag zur Prävention und Bekämpfung von rechtextremen Strukturen. Mit dem Leitbild zu Integrationsarbeit als Querschnittsthema in allen Politikfeldern - Integration durch Normalität - schafft das Bezirksamt ein Zielbild bezirklichen Handelns, in dem Vielfalt eine Selbstverständlichkeit ist und damit kein Raum für diskriminierende Strukturen geboten werden kann und sollte.

Wir unterstützen und fördern Vielfalt, schaffen Bündnisse und Netzwerke und begleiten migrantische Organisationen und Akteure bei Fördermittelanträgen und in Zielsetzungsprozessen. Dazu nutzen wir alle in infrage kommenden Abteilungen im Bezirksamt und darüber hinaus. Wir organisieren auch Spendenmittel für Projekte, die der Förderung der Vielfalt dienen. So konnte zum Beispiel seit drei Jahren ein Chanukkah-Event im Rathaus stattfinden, bei dem viele unterschiedliche Menschen einmal im Jahr friedlich miteinander ein Zeichen für Toleranz und gegen Hass setzen. Unsere öffentlichen Fastenbrechen haben dem vielfältigen, friedlichen Zusammenleben in Neukölln ebenfalls ein Gesicht gegeben und nachhaltige Begegnungen geschaffen.

Zudem fördern wir über BENN Britz den Kiezflohmarkt unter dem Motto „Zusammen für Vielfältigkeit in Britz“, an dem jährlich über 1.500 Personen teilnehmen.

Wir brechen Vorurteile und Polarisierungen auf, indem wir ungewöhnliche Begegnungen schaffen, wie zum Beispiel den Empfang einer israelischen Studiengruppe, die mit arabischstämmigen jungen Neuköllnerinnen und Neuköllnern im Rathaus ins Gespräch kommen oder einem Netzwerktreffen mit palästinensischen Friedensaktivisten und verschiedenen Neuköllner und Berliner Akteuren zu tagespolitischen und für Neukölln relevanten Themen. So entstehen Begegnungen mit einem nachhaltigen Mehrwert und werden Brücken gebaut. Ein weiteres Beispiel wäre der „Markt der Vielfalt“ in Britz. Hier haben sich Organisationen, die gegen verschiedene Formen von Diskriminierungen arbeiten, gemeinsam im Kiez vorgestellt und sich über Erfahrungen ausgetauscht.

Anschließend fand ein Gesangswettbewerb statt, der die Vielfalt der Nachbarschaft aufgezeigt und ein Zeichen gegen Diskriminierung und für Vielfalt gesetzt hat.

In Beiräten, Veranstaltungen und dem bezirklichen Bewohnendenkomitee der Geflüchtetenunterkünfte schaffen wir Diskussionsmöglichkeiten zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen.

Der Migrationsbeirat sorgt für eine Stärkung migrantischer Selbstorganisationen und damit für eine selbstverständliche Vielfalt, die in unserem Bezirk sichtbar wird. Unsere Partnerorganisationen behandeln migrationspolitisch kritische Themen ohne Scheu und haben gleichzeitig eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus.

Die Aufklärung über verfassungsfeindliche Symbole und Organisationen findet immer bedarfsorientiert statt und orientiert sich an den Nachfragen unserer Partnerorganisationen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt zudem mit ihrer Expertise auch Veranstaltungen zu geplanten Geflüchtetenunterkünften.

Auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung hat das Bezirksamt am 06.11.2024 einen Runden Tisch zum Schutz Jüdischen Lebens eingerichtet. Das Gremium bietet die Möglichkeit, antisemitische Aktionen und Übergriffe sowie deren Strukturen zu thematisieren. Gleichzeitig ist das Gremium eine Möglichkeit, dass Engagierte für Demokratie und gegen Antisemitismus sowie von Gewalt Betroffene sich untereinander vernetzen und sich stärken.

Mit der Filmreihe „Neukölln gegen Nazis“ und der großen Gedenkveranstaltung ein Jahr nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau hat das Bezirksamt öffentlich Position bezogen und damit auf den rassistischen und mörderischen Hass reagiert, von dem sich gerade im vielfältigen Neukölln viele Menschen betroffen fühlen.

Der Präventionsrat, der unterschiedliche bezirkliche Akteure zusammenbringt, befasst sich unter anderem mit Gewaltphänomenen, die auf rechtsextreme Ideologien zurückzuführen sind. Im Jahr 2022 wurde zum Beispiel „Antisemitismus im öffentlichen Raum“ mit Beiträgen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und RIAS Berlin thematisiert. Am 15.02.2024 fand eine weitere Sitzung zum Thema Antisemitismus statt. Unter anderem werden aus Mitteln der Landeskommission Berlin gegen Gewalt Workshops zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ermöglicht, die zum Beispiel an Schulen stattfinden.

Neben Ansätzen der Präventionsarbeit wird auch der Umgang mit Opfern von Diskriminierung durch das Bezirksamt adressiert. Im Oktober 2024 fand die Eröffnung der neuen „Anlaufstelle gegen Gewalt und Diskriminierung“ in Neukölln statt, die durch den Träger Yekmal e.V. aufgebaut wird.

Umgang mit rechtsextremen Botschaften im öffentlichen Raum

In Neukölln tauchen immer wieder rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Sticker und Schmierereien im öffentlichen Raum auf. Dieses Phänomen der rechtsextremen Propaganda, welches auch dieser Bericht beleuchtet, ist besonders in Süd-Neukölln ein langjähriges Problem mit dem sich das Bezirksamt auseinandersetzt. Das Straßen- und Grünflächenamt, das dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr zugeordnet ist, entfernt etwa im öffentlichen Raum rechtsextreme und andere der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufende Symbolik.

Für den Geschäftsbereich Jugend ist dieses Thema ebenfalls relevant, wenn diskriminierende Schmierereien in oder in unmittelbarer Nähe von Jugendeinrichtungen entfernt, gemeldet und gegebenenfalls zur Anzeige gebracht werden müssen. Das geht einher mit einer Sensibilisierungsarbeit für rechtsextreme Inhalte. Einerseits wird dies in Form von pädagogischen Interventionen für involvierte Kinder und Jugendliche gemeinsam mit hierfür spezialisierten Trägern umgesetzt. Andererseits werden die Fachkräfte in Neukölln unterstützt, wie beispielsweise 2023 durch die Fortbildungsreihe zum Thema „Rassismus - und Antisemitismuskritische Jugendarbeit“ in Kooperation mit der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Demokratiebildung im Rahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit

Jugendarbeit wirkt grundsätzlich eher indirekt und präventiv gegen Radikalismus. Dies erfolgt über vielfältige Formen von Demokratiebildung in verschiedenen Projekten und Einrichtungen, die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit vermitteln und niedrighschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

Zu den Angeboten der Demokratiebildung, die Teilhabe stärken, zählen unter anderem Gedenkstättenfahrten, das Kinder- und Jugendparlament und das Schulungsmodul für junge Peerhelper:innen. Zusätzlich gibt es Kurs- und Workshopangebote zu verschiedenen Diskriminierungsformen und im Bereich der Medienbildung. Hervorzuheben ist hierbei beispielsweise die Workshop-Reihe zum Thema „(Alltags)Rassismus - interpersonell, institutionell, strukturell: Was macht das mit den Kindern und Jugendlichen im Alltag?“ aus dem Jahr 2023.

Ein weiterer Pfeiler der Demokratiebildung im Bezirk Berlin-Neukölln sind die lokalen Netzwerke **Partnerschaften für Demokratie (PfD)** im Rahmen des Bundes-Programmes „Demokratie Leben!“ (gefördert durch das BMFSFJ). In Form eines „Aktions- und Initiativfonds“ wurden unter folgendem Leitziel lokale Projekte in Neukölln finanziert: „Junge Menschen und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure werden in ihrem Engagement für Vielfalt unterstützt und erproben demokratische Verfahren.“ Organisiert werden die PfD durch eine Koordinierungs- und Fachstelle, die lokale Projekte begleitet, den Austausch fördert und bei der Umsetzung unterstützt. Das Bezirksamt Neukölln, Geschäftsbereich Jugend ist federführend für das Programm auf lokaler Ebene verantwortlich. Inhaltlich antwortet das Programm auf die Notwendigkeit, einen Dialog über verschiedene Sichtweisen und Perspektiven hinsichtlich Identität und den Grundwerten des demokratischen Zusammenlebens zu führen. Die große Diversität im Bezirk macht den sensiblen

und wertschätzenden Umgang mit Vielfalt zu einer wichtigen Schlüsselqualifikation und ist Voraussetzung, Konflikten im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit präventiv begegnen zu können. Ab 2025 wird das Bundesprogramm in die dritte Förderperiode gehen und weiterhin zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus fördern.

Politische Bildung an der Volkshochschule Neukölln

Im Zuständigkeitsbereich des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport des Bezirksamtes liegt die Volkshochschule Neukölln. Eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen ihres Bildungsauftrags ist die Bereitstellung von Angeboten im Bereich der politischen Bildung unter anderem mit dem Ziel der Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Die Volkshochschule Neukölln schafft neutrale Räume für Begegnungen und Diskussionen, in denen Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, Weltanschauungen und politischen Ansichten zusammenkommen, um ihre Meinungen zu äußern und Vorurteile abzubauen. Dadurch leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Bekämpfung von Extremismus in der Gesellschaft.

Um als kommunale Einrichtung der Erwachsenenbildung möglichst viele Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, sich mit Politik und der Gesellschaft zu befassen, sind Kurse im Bereich der politischen Bildung in der Regel kostenlos.

Durch die Volkshochschule werden gezielt Angebote geschaffen, die sich mit den Ursachen und Auswirkungen von Extremismus und hier auch dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Die VHS vermittelt dabei Wissen über demokratische Grundwerte, die Geschichte politischer Systeme sowie aktuelle gesellschaftliche Themen.

Folgend eine Auswahl von Kursen im Rahmen der Extremismus-Prävention:

- Antidiskriminierung: Sensibilisierung und Handlungskompetenz
- Haltung Zeigen - Argumentations- und Antidiskriminierungstraining
- Antisemitismus in Neukölln (Veranstaltungsreihe 2024)